

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 430

Einwohnerratssitzung vom Montag, 27. Januar 2014, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	35/36/35 Personen des Einwohnerrates 6 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Philippe Doppler, Patrick Freund (ab 19.10 Uhr anwesend), Werner Graber (ab 21.30 Uhr abwesend), Christoph Pfirter, Pascal Schacher, Andreas Seiler Gemeinderat: GP Beat Stingelin
Vorsitz	Roland Kuny, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Revision Wasserreglement – 3. Lesung	2849
2.	Motion der SP-Fraktion, Werner Graber, betreffend „Fussgänger- und Velo-Unterführung Fröschmatt“	2858
3.	Motion Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Schutz der Spiel- und Sportwiese Hexmatt“	2859
4.	Interpellation der SVP-Fraktion, Rolf Hohler, betreffend „Un“-sichere Schauenburgerstrasse	2860
5.	Motion der FDP-Mitte, Thomas Sollberger, betreffend „Störende Pfosten an der Schauenburgerstrasse“	2861
6.	Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „GLOBAL DENKEN – LOKAL HANDELN, Solidar Suisse Gemeinderating 2013“	2865
7.	Interpellation der BDP Pratteln, Marc Bürgi, betreffend „Entsorgungsgebühren“	2867
8.	Postulat der BDP Pratteln, Marc Bürgi, betreffend „Dezentrale Energieerzeugung“	2868
9.	Interpellation der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend „Mindestlohn statt Sozialhilfe“	2869
10.	Postulat der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend „Das Pfadilokal muss bleiben“	2871
11.	Fragestunde (nach der Pause)	

Begrüssung durch Roland Kuny, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen und Vertreter der Presse. Ich begrüsse sie zur 430. Sitzung des Prattler Einwohnerrates. Ich hoffe, sie hatten schöne Festtage und sind gut ins neue Jahr gestartet. Im neuen Jahr darf ich zwei neue Mitglieder im Einwohnerrat begrüssen. Es sind dies Simon Schaub und Patrick Ritschard, die den Sitz von Karin Hess und Rolf Hohler übernehmen. Ich wünsche viel Erfolg und Freude im neuen Amt.

Präsenz

Es sind zurzeit 35 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Mitteilungen

Eine Information der **RPK zum Antrag von Kurt Lanz** betreffend Revisionsstelle: Die RPK ist in dieser Sache gemäss Reglement des Einwohnerrates P. 3.3.2.3.6 autonom; der Einwohnerrat kann somit diesen Auftrag nicht erteilen.

Heute Abend ist auf dem Podium **Jannis Magos** anwesend, welcher im Rahmen seiner Ausbildung an dieser Sitzung teilnimmt.

Der Gemeinderat hat den Termin für die **Volksabstimmung** über den Einwohnerratsbeschluss vom 25. November 2013 betreffend Quartierplanung Fachmarkt Grüssenhölzli, Sondervorlage für Gemeindebeitrag Entsorgung Altlasten von netto CHF 5.6 Mio. auf den 18. Mai 2014 festgesetzt.

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation der Fraktion FDP-Mitte, Dominique Häring und Andreas Seiler, betreffend „SKOS“ vom 16. Dezember 2013
- Interpellation der CVP, Andrea Klein, betreffend „Fassadenreklame bei Planzer“ vom 23. Januar 2014
- Interpellation der Fraktion FDP-Mitte, Andrea Klein, betreffend „Neue Regionenzugehörigkeit der Gemeinde Pratteln“ vom 27. Januar 2014

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Es gibt keine Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem zugestellten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Präsenz: Es sind neu 36 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2849 Revision Wasserreglement – 3. Lesung

Aktenhinweis

- Revision Wasserreglement, Ausführung für die 3. Lesung, vom 26. November 2013

Auf der Bühne hat **Dieter Härdi, Abteilungsleiter Bau**, Platz genommen und steht für die Beantwortung von Fachfragen zur Verfügung.

GR Stefan Löw: Die Beantwortung der früher gestellten Fragen liegt schriftlich im Anhang vor. Auf der ersten Seite des Reglements sind die beschlossenen Änderungen aufgeführt. Zu § 33 wird vonseiten des Gemeinderates eine Änderung beantragt; dies wird bei der Lesung einfließen. Zur Festlegung der Gebühren im Anhang zum Reglement: Dort wurden Anpassungen in Kap. 8 vorgenommen und auch bei den jährlichen Gebühren, damit dies beim Vollzug gut auffindbar ist. Die Fragen der Unabhängigen wird Dieter Härdi später beantworten. Ich hoffe, dass auf eine 4. Lesung verzichtet werden kann.

2. Lesung

Gelesen werden Kapitel und Abschnitte.

1. Kapitel	Allgemeine Bestimmungen	keine Wortmeldungen
2. Kapitel	Wasserabgabe	keine Wortmeldungen
3. Kapitel	Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung	
	§ 14 Erstellung und Kosten	

Gert Ruder: Es ist klar, dass der Eigentümer zu zahlen hat und es von einem Unternehmer ausgeführt wird. Im letzten Abschnitt zu § 3 heisst es „Sie *kann* eine Druckprobe durchführen“. Wie stellt der Unternehmer seine Qualitätssicherung sicher, wenn er eine Druckprobe machen kann, aber nicht muss? Wie ist die Haftungssituation, wenn es nach einer bestimmten Zeit - die Wasserleitung hat eine Lebensdauer von 50 Jahren - ein Leck gibt und dies auf eine fehlerhafte Ausführung zurückgeht? Ich möchte zuerst eine Antwort auf die Qualitätssicherung und wenn diese nicht zufriedenstellend ist, empfehle ich dem Rat, das Wort „kann“ herauszunehmen, sodass man die Proben machen muss und die Qualität gesichert ist.

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat *kann* Druckproben machen. Wieso *kann* und nicht *muss*? Warum nicht jedes Mal eine Druckprobe? Die neuen Leitungen werden im Normalfall durch die Wasserversorgung selber gemacht, weshalb keine besondere Qualitätskontrolle notwendig ist. Im Zweifelsfall können die Organe bei der Erstellung durch Dritte eine Druckprobe anordnen. Wer trägt die Garantie, wenn sie undicht wären? Dieser Fall ist noch nie aufgetreten, weil die Qualitätssicherung immer durch die Wasserversorgung erledigt wird. Falls es doch auftreten sollte, würde die Gemeinde die Kosten übernehmen.

Fortsetzung der Lesung

4. Kapitel	Anschlussleitungen	keine Wortmeldungen
5. Kapitel	Hausinstallationen	keine Wortmeldungen
6. Kapitel	Bewilligungs- und Meldepflicht	keine Wortmeldungen
7. Kapitel	Wassermessung	keine Wortmeldungen

8. Kapitel Finanzierung

Patrick Weisskopf: Ich habe eine Bemerkung zu § 33. Da haben wir das letzte Mal geändert, dass der Einwohnerrat die Gebühren im Anhang festgelegt. Bei der Durchsicht und Vorbereitung dieses Geschäftes haben die Unabhängigen festgestellt, dass der Anhang noch wesentliche Fehler aufweist. Dies vor allem im Gebrauch der Begrifflichkeiten, die im Reglement zu finden sind. Wir sind der Meinung, dass das Reglement und der Anhang in Übereinstimmung sein sollten. Sie haben 2 Tischvorlagen vor sich. Eine wurde vom Gemeinderat nachgeliefert und die andere stellt einen Antrag mit Verbesserungsvorschlägen dar. Weil der Vorschlag des Gemeinderats immer noch nicht vollständig ist, halten wir daran fest, den Anhang noch einmal behandeln, wenn wir vom Gemeinderat eine vollständige und saubere Vorlage haben. Für mich ist dies eine notwendige Bedingung, um zuzustimmen. Gebühren und Bezeichnungen müssen stimmig sein, weil ansonsten eine Rückweisung durch den Regierungsrat droht. Auch ist vorgesehen, dass das Reglement rückwirkend auf den 1. Januar 2014 gültig wird.

Antrag von Patrick Weisskopf

Dieter Härdi: Sie haben bereits eine revidierte Tischvorlage mit neuem Titel. Sie sehen, es heisst nicht mehr einmalige Beiträge, sondern einmalige Gebühren. Bei den Beiträgen handelt es sich um einen alten Begriff, der im Anhang hängen geblieben ist. Man sieht auch den Verweis auf das 8. Kapitel Abschnitt 2., sodass man genau lesen kann, wo die einmaligen Gebühren mit den Bewilligungsgebühren und auch die Bauwassergebühren festgelegt sind. Weiter unten sehen wir die jährlichen Gebühren und auch hier ist klar, wo im Reglement diese beiden unterschiedlichen Gebühren zu finden sind. Zu den Anträgen von Patrick Weisskopf bzw. den Bemerkungen: *„Es gibt keine „einmaligen Beiträge“ sondern einmalige Gebühren“*: Dies ist nun mit der Tischvorlage in Ordnung. *„Es gibt keine Bauwassergebühren, sondern neu gemäss § 31 „vorübergehenden Wasserbezug“*: Dies ist richtig. Der Begriff „vorübergehender Wasserbezug“ ist jedoch kein landläufiger Begriff, was man auch in § 31 sieht. Dort heisst es „Bauwasseranschlüsse und andere Anschlüsse“. Wenn in der Praxis ein Architekt kommt, weiss er, was ein Bauwasseranschluss ist und für was er bezahlen muss. Auch bei der Rechnungsstellung sieht man, dass eine Gebühr für Wasserzählerleistung erhoben wird oder neu Mietgebühr. Dies führt nicht zu Verwirrlichkeiten aufgrund der klaren Grundaussage. *„Grundgebühr für Wasserzählerleistungen“ bzw. „Mietgebühr“ und fehlender Staffelung*: Die Staffelung geschieht nach der Grösse der Wasseruhr, d. h., die Staffelung ist vorhanden mit der Wasserleistung, die eine solche Uhr erbringen kann. *„Die unterschiedlichen Gebühren sind vollständig und getrennt aufzuführen, Grundpreis für „vorübergehenden Wasserbezug“ resp. „Jährliche Mietgebühr“*: Hier habe ich Mühe, zu verstehen, um was es geht. *„Es fehlt eine Bewilligungsgebühr für „vorübergehenden Wasserbezug“*: Hierzu kann man sagen, dass es sich um die Grundgebühr handelt. Oben bei den einmaligen Abgaben ist die Wasserbezugsgebühr von CHF 1.40/m³ erwähnt, was auch den normalen Tarif für den Wasserbezug darstellt und die Grundgebühr deckt die Aufwendungen für die Miete des Zählers ab.

GR Stefan Löw: Ich gehe davon aus, dass, wie der Antrag des Gemeinderats mit den einmaligen Gebühren bezogen auf Kap. 8 Abschnitt 2 lautet, nun klar ausformuliert ist und dass bei der Gebührenerhebung aufgezeigt werden kann, aus was sie sich zusammensetzt.

Patrick Weisskopf: Ich danke für die Ausführungen. Auch nach den Ausführungen kann ich nicht nachvollziehen, wie weiterhin mit Begriffen gearbeitet wird, die nicht mehr im Reglement enthalten sind. So gibt es keine Grundgebühr für Wasserzählerleistungen mehr, sondern wir mieten einen Wasserzähler. Dann erwarte ich, dass ganz klar im Reglement bzw. dem Anhang steht, was der Wasserzähler kostet. Dies kann vom Durchmesser der Rohrleitung abhängig sein, ich sehe nicht den Sinn, wenn dort steht „5 Franken pro m³/h“. Dies sagt mir wenig und darum will ich, dass man sauber schreibt, dass dies eine jährliche Gebühr ist. Weiter geht es um Bewilligungsgebühren. Diese sollten

kostendeckend sein, gerade für den vorübergehenden Wasserbezug haben wir nichts. Hier kann man einfach einen Zähler mieten und erst noch für unbegrenzte Zeit. Ich nehme an, dass die Baustellen nicht jährlich bezahlen, sondern den Grundpreis von 30 Franken pro Zähler bezahlen. Dies ist mir einfach zu wenig klar, und damit es für die Bevölkerung klar ist, kann man es auch richtig verständlich aufführen. Ich halte weiterhin am Antrag einer 4. Lesung nach Verbesserung durch den Gemeinderat fest.

GR Stefan Löw: Die jährlichen Gebühren Kap. 8 Abschnitt 3 sind aufgrund der Wasserleistung, die in dieses Haus führt, klar definiert. Die Leitungsquerschnitte sind vorgegeben und bekannt und meiner Meinung nach ist dies genügend präzisiert. Auch, wenn man nur eine gewisse Zeit lang Wasserbezug hat, sei es auf einer Baustelle oder dgl. ist dies genügend geregelt. Sie erhalten eine Wasseruhr, die meistens direkt an den Hydranten gehängt wird und später wird entsprechend Rechnung gestellt. Wenn sie Wasser so beziehen wollen, muss ein Gesuch gestellt werden und man erhält eine geeichte Wasseruhr, nach der abgegolten wird. Dies gab noch nie Probleme und die Gemeinde hat ihr Geld reibungslos erhalten und ich sehe keinerlei Handlungsbedarf.

Mauro Pavan: Die Antworten und Erklärungen ändern nichts daran, dass man im Reglement und im Anhang unterschiedliche Begriffe hat und Patrick Weisskopf hält am Antrag auf eine 4. Lesung fest, so lange es so ist. Wir haben nun 3 Möglichkeiten: Entweder ändern wir jetzt mittels Antrag den Anhang oder wir ändern die entsprechenden §§ und sonst schlage ich vor, dass wir mit der Lesung fortfahren und ich werde dem Antrag auf eine 4. Lesung auch zustimmen.

Urs Hess: Der Anhang hat es in sich. Wenn man liest, dass die Gebühr CHF 5.00 pro m³ und Stunde beträgt, muss mir jemand erklären, wie dies genau gerechnet wird. Wie ist es bei 24 Stunden am Tag? Da muss man die Einheit richtigstellen und dann ist es in Ordnung. Wahrscheinlich ist CHF 5.00 pro Zähler und Jahr oder so etwas. Und wenn es richtig darinsteht, ist es auch für Patrick Weisskopf kein Problem mehr und man kann den Anhang genehmigen.

Dieter Härdi: Bei m³/h handelt es sich um die Leistung, die der Wasserzähler leisten kann. Es handelt sich um eine Jahresgebühr und so steht es dort auch. Für ein Einfamilienhaus zum Beispiel, gibt es eine Leistung von $\frac{3}{4}$ Zoll und es sind pro Jahr ca CHF 20.00 zu bezahlen. Bei einem Mehrfamilienhaus beispielsweise ca. CHF 50.00 Grundgebühr. Dies ist im alten Reglement genauso und wir haben dort nichts geändert. Dies ist die Leistung, die die Wasseruhren aufgrund des Durchmesser tatsächlich erbringen.

Mauro Pavan: Hierin haben sich mehrere Leute mehrfach mit dem Reglement befasst, und wenn man es nicht ganz verstanden hat und im alten Reglement auch schon unklar war, heisst dies nicht, dass man es unklar lassen muss; man könnte die Anpassung jetzt vornehmen.

8. Kapitel Finanzierung

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Festlegung der Gebühren

GR Stefan Löw: Ich melde mich zu Kap. 8 § 33 Abs. 2: „Der Einwohnerrat legt die jährlichen Gebühren sowie die Gebühren für Bewilligungen, Kontrollen und besondere Dienstleistungen im Anhang zu diesem Reglement fest“. „Kontrollen und besondere Dienstleistungen“ soll entfallen. Wir stellen also folgenden Antrag „Der Einwohnerrat legt die jährlichen Gebühren sowie die Gebühren für Bewilligungen im Anhang zu diesem Reglement fest“.

Antrag des Gemeinderates

Kurt Lanz: Ich kann soweit folgen und finde es in Ordnung, d. h. „Kontrollen und besondere Dienstleistungen“ wird ersatzlos gestrichen.

Dieter Härdi: Für dies hat die Gemeinde eine Gebührenverordnung und dort sind sämtliche Tarife, Regietarife usw. enthalten. Diese Gebührenverordnung wurde am 1. Oktober 2013 neu verfasst und vom Gemeinderat genehmigt. Darum ist es sinnvoll, kleinere Änderungen auf dem Verordnungsweg zu erledigen und nicht via Reglement jedes Jahr im Einwohnerrat. Es handelt sich jeweils um geringfügige Änderungen.

Abstimmung zum Antrag des Gemeinderats

://: Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Fortsetzung der Lesung

8. Kapitel	Finanzierung	
	2. Abschnitt: Einmalige Gebühren	keine Wortmeldungen
	3. Abschnitt: Jährliche Gebühren	keine Wortmeldungen
9. Kapitel	Schlussbestimmungen	keine Wortmeldungen

Urs Hess: Dieter Härdi hat erklärt, dass es m3 pro Stunde sind usw. Wenn wir nun im Anhang schreiben „CHF 5.00 pro Jahr“ usw., dann wäre es einfach. Daher stelle ich den Antrag, dass man hinten anfügt „pro Jahr“ und dann ist es erledigt und man kann auf die 4. Lesung verzichten.

Antrag von Urs Hess

Abstimmung über den Antrag von Urs Hess

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zu.

Christoph Zwahlen: Um eine 4. Lesung zu vermeiden, würde ich noch unter dem Titel der „Jährlichen Gebühren“ ändern „Die Mietgebühr für Wasserzähler beträgt ...“. Dann ist alles einheitlich.

Antrag von Christoph Zwahlen

Abstimmung über den Antrag von Christoph Zwahlen

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit grossem Mehr bei 2 Enthaltung zu.

Abstimmung über den Antrag von Patrick Weisskopf

://: Der Rat lehnt den Antrag auf Durchführung einer 4. Lesung mit grossem Mehr ab.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen:

://: Das Wasserreglement (WaR) wird verabschiedet.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 3. März 2014.

Geschäft Nr. 2858

Motion der SP-Fraktion, Werner Graber, betreffend „Fussgänger- und Velounterführung Fröschmatt“

Aktenhinweis

- Motion der SP-Fraktion, Werner Graber, betreffend „Fussgänger- und Velounterführung Fröschmatt“ vom 25. Oktober 2013

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat möchte die Motion als nicht erheblich erklären. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Verhältnisse in dieser Unterführung nicht dem Optimum entsprechen. Der Gemeinderat weist seine Prioritäten aufgrund intensiver Diskussionen im Investitionsprogramm aus. Aus Sicht Gemeinderat hat die Fröschmattunterführung keinen prioritären Charakter. Abgesehen davon erachtet es der Gemeinderat als wichtig, die Auswirkungen der Tramverlängerung Salina Raurica abzuwarten, um dann die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, die in die Projektierung einfließen. Für die Ausarbeitung eines Variantenvorschlages wäre vom Einwohnerrat ein zusätzlicher Projektierungskredit zu sprechen. Die zu erwartenden Realisierungskosten eines solchen Ausbaues bewegen sich nach früheren Berechnungen gemäss Postulat 2606, Unabhängige Pratteln, Christoph Zwahlen, bei CHF 2 - 3 Mio. Eine Realisierung benötigt einen zusätzlichen Flächenbedarf von privatem Eigentum, was zu schwierigen und langfristigen Verhandlungen führen kann. Für die Gemeinde Pratteln stehen, wie sie aus dem Investitionsprogramm wissen, dringende Investitionen an. Der Gemeinderat hat seine Priorisierung im Investitionsprogramm festgelegt und möchte daran festhalten. Eine zusätzliche Investition in der Grössenordnung von CHF 2 – 3 Mio. ist darin nicht vorgesehen. Daher bittet sie der Gemeinderat, diese Motion nicht als erheblich zu erklären.

Werner Graber: Ich bitte sie, die Motion als erheblich zu erklären. Wir hatten das Postulat 2606, wir hatten eine Motion zur Unterführung und das Postulat 2700 ebenfalls. Darin wurde die Dringlichkeit usw. aufgezeigt und dass Handlungsbedarf besteht, die Unterführung endlich zu sanieren. Ich bitte sie, die Motion als erheblich zu erklären.

Christoph Zwahlen: Wenn ich den Gemeinderat anschau, sitzt keiner mehr da, die von Giebenach und Augst oder der Längi mit dem Velo ins Fröschmattschulhaus fahren und dies untendurch. Muss erst jemand überfahren werden, wenn man die jetzige Strassenunterführung benützt? Ich finde es komisch, dass der Gemeinderat dieses Traktandum nicht will. Er verschanzt sich hinter der SBB, die sagt, bis 2025 komme vielleicht etwas und er verschanzt sich neu hinter dem Tram, von dem auch in den Sternen steht, wann es gebaut wird. Der Gemeinderat hat ja früher 3 Vorschläge im Geschäft 2606 gemacht. Interessanterweise findet man diese 3 Vorschläge im Internet nicht. Man findet zwar das Postulat, aber die Unterlagen mit den 3 Plänen sind nicht mehr vorhanden und werden versteckt und der Gemeinderat hat dann eine Pinselrenovation beschlossen. Es gibt dringende Anliegen, die man in der Gemeinde unternehmen müsste, um die Gemeinde wohnlicher zu machen. Die Fröschmattunterführung ist Bestandteil des Schulweges. Man möchte, dass die Kinder Velo fahren und man will sie nicht vergällen und nicht warten, bis das Tram kommt; dann sind wir Grossealtern. Ich sehe nicht ein, warum man sich so sehr dagegen wehrt und ich bitte wirklich, dass die Motion als erheblich erklärt wird und der Gemeinderat in dieser Angelegenheit Gas gibt.

Christian Schäublin: Es wurde 2 Postulate behandelt und abgeschrieben. Im Postulat von Gert Ruder und Werner Graber war eine Stellungnahme der SBB enthalten, in der stand, dass wir 2014 mehr erfahren sollen und am 9. Februar ist die FABI-Abstimmung. Daher ist die SVP-Fraktion der Meinung, die Motion heute als erheblich zu erklären ist von uns aus der falsche Zeitpunkt. Es geht um teure bauliche Massnahmen und wir sind der Meinung, den Entscheid des Stimmvolkes und die Informationen der SBB abzuwarten und dann zu entscheiden bzw. neu zu beurteilen. Daher ist die SVP-Fraktion gegen eine Erheblichkeitserklärung.

Patrick Freund: Gestern habe ich Briefe für den Verein verteilt, um Porto zu sparen und bin durch ganz Pratteln gelaufen bis fast zu Interio und auch in die andere Richtung der Muttenerstrasse und habe auch diese Unterführung zu Fuss genutzt. Ich muss sagen, ich verstehe, dass ein Bedürfnis vorhanden ist. Aber es ist auch meine persönliche Meinung, dass man die Realität anschauen muss und da deckt sich meine persönliche Meinung mit derjenigen der Fraktion FDP-Mitte. Wir haben gesehen, dass wir diesen Sachverhalt schon in diversen Geschäften behandelt und auch dort schon aufgezeigt haben, dass es mit den vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Landreserven gar nicht so einfach ist, etwas in diesem Sinn zu unternehmen. Man hat aber genug Möglichkeiten mit dem Fahrrad unten durchzukommen - man muss 20 m weit stossen. Ich bin in der Vergangenheit genug oft mit dem Fahrrad jedes Wochenende im Sommer dorthin und habe noch nie gedacht, dass mir dies zu viel wäre. Man sieht auch Richtung Mühleweg, dass es nicht immer sehr geschickt ist. So gesehen, von der FDP-Mitte her und auch von meiner persönlichen Meinung her, sehen wir diese Motion nicht als erheblich. Der Zeitpunkt ist falsch und die Problematik zu komplex, um eine einfache Lösung vom Gemeinderat erwarten.

Kurt Lanz: Der Zeitpunkt ist wahrscheinlich immer falsch. Dass Handlungsbedarf besteht, ist unbestritten und haben das auch die Beantwortungen der Postulate gezeigt. Dass man nun eine Verknüpfung mit FABI und der Unterführung macht, erscheint mir eine sehr, sehr gewagte Kombination. Ich selber unterstütze die Motion in jedem Fall. Als wir mit dieser Legislatur begonnen haben, habe ich eine Schulklasse des Fröschemattschulhauses hierhin gebracht und diese konnte uns sagen, was sie von der Politik erwarten. Dieses Schulhaus hat hierin postuliert, dass sie gerne eine Unterführung hätten, in der sie angenehm von der einen auf die andere Seite der Bahn wechseln können, wo es nicht nach Urin riecht, wo es nicht dunkel ist und man vernünftig irgendein Gefährt hinauf- und hinunter schieben kann. Dieser Schulklasse und diesen Jugendlichen bin ich es schuldig, dass ich die Motion überweise und vielleicht kann sich doch jemand erinnern, welche Botschaften die Jugendlichen uns abgeben haben. Darum bitte ich sie, die Motion zu überweisen.

Bruno Baumann: Ich weiss nicht, ob die Unterführung, wie sie jetzt ist, rollatortauglich ist. Ich glaube auch nicht, dass man ohne Gefahren mit einem Kinderwagen dort hindurchkommt. Es ist komisch, Christian Schäublin, von euch von der SVP zu hören, dass es sich um den falschen Zeitpunkt handle und man es nicht möchte. Heute Abend behandeln wir noch das Geschäft „Sicherheit in der Schauenburgerstrasse“. Bedeutet es, dass wir nur im Dorfkern für Sicherheit schauen müssen und in einem anderen Quartier nicht? Das kann es nicht sein. Darum mache ich beliebt, der Motion zuzustimmen, wenn schon wegen Sicherheit angefragt wird. Dort draussen ist Sicherheit auch nötig.

Gert Ruder: Ich nehme für mich in Anspruch, die Unterführung schon seit Mitte der 60er-Jahre als velofahrender Schüler benutzt zu haben und anschliessend habe ich in einem Quartier eine Wohnung genommen, das als das mindere Pratteln bezeichnet wird. Wenn es stimmen würde, dass es das mindere Pratteln ist, wäre es wenigstens gekennzeichnet mit der minimalen Fussgänger- und Velounterführung. Heute denkt man nicht an Velofahrer und Kinderwagen. Kinderwagen haben heute nicht wie vor 40 Jahren alle denselben Radabstand - damals haben alle gepasst. Heute muss man einen Kinderwagen den halben Weg hinauftragen; ich kenne dies, weil ich Grossvater geworden bin. Patrick Freund hat etwas sehr Wesentliches vergessen: Es sind die gehbehinderten Einwohner, darunter sind viele, die einen Rollator benötigen und ich kann bestätigen, dass man mit diesem die Treppe nicht hinauflaufen kann. Es gibt auch viele Mitbewohner, die mit einem Rollstuhl unterwegs sind, teilweise mit einem elektrischen Antrieb, wo es von Vorteil wäre, sie könnten abseits der Strassen unterwegs sein, weil wir auch nicht überall Trottoirs haben. Es wäre wirklich nicht richtig, dies bis Anno Domini aufzuschieben und die Motion als nicht erheblich zu erklären. Es ist dem Gemeinderat frei, die Arbeit erst nach der FABI-Abstimmung aufzunehmen und uns in nützlicher Frist eine Vorlage zu unterbreiten, über die wir dann abstimmen. Ich bitte sie, an die schwächsten

Verkehrsteilnehmer, an Kinder und Alte, zu denken und die Motion von Werner Graber als erheblich zu erklären.

Christoph Zwahlen: Meine Vorredner haben schon fast alles gesagt. Es sind nicht nur die Schüler und Velofahrer, sondern alle Bevölkerungsgruppen, die von einem Ausbau profitieren. Ich weise darauf hin, dass die Unterführung auch auf dem Weg zum Sandgrubenareal mit Schwimmbad und Sportanlagen liegt. Mein erster Eindruck von Pratteln, als ich vor 20 Jahren hierhin gezogen bin: Ich kam mit dem Töffli mit einem Anhänger von Münchenstein der Velo-Wegweisung folgend und stand vor dieser Unterführung. Dies war ein sehr guter erster Eindruck von Pratteln und wie kommt man jetzt in die Längi? Ich habe es schlussendlich gefunden, aber die Situation ist heute immer noch so.

Abstimmung (Andrea Klein, CVP, im Ausstand)

Der Rat beschliesst mit 17 Ja zu 18 Nein bei 0 Enthaltungen:

://: Die Motion Nr. 2858 wird für nicht erheblich erklärt.

Geschäft Nr. 2859

Motion Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Schutz der Spiel- und Sportwiese Hexmatt“

Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend „Schutz der Spiel- und Sportwiese Hexmatt“ vom 27. Oktober 2013

GR Rolf Wehrli: *Infrastrukturbaute für Sportbetrieb:* Für den Sportbetrieb ist ein Infrastrukturgebäude mit Garderoben, WC, Duschen und Nebenräumen in Planung. Diese Planung ist im Budget 2013 mit CHF 100'000 in Kto 344.503.02 berücksichtigt. Die projektierenden Fachplaner sind bereits an der Bearbeitung und noch im Jahr 2014 soll das Bauprojekt realisiert werden. Die Freizeit- und Sportwiese Hexmatt kann ohne diesen Infrastrukturbau nicht vernünftig genutzt werden. Der erste Teilbereich mit Lagerraum ist bereits realisiert. Die heutige Situation mit Duschen im Untergeschoss des Kindergartens ist nicht haltbar und eine Sanierung an diesem Standort nicht sinnvoll. Der Bau eines vom Einwohnerrat im Budget bewilligten Vorhabens läuft also. *Neubau Kindergarten in der Randzone gegen die St. Jakobsstrasse:* Im Kindergartenkonzept Pratteln sind mehrere Neubauten von Doppelkindergärten vorgesehen. Dabei wurden insbesondere die möglichen Standorte in Bezug auf die Quartierentwicklung und die Verdichtung des Dorfkernes eingehend zusammen mit der Schulleitung, dem Schulrat und dem Gemeinderat geprüft. Es handelt sich noch immer um ein Konzept. Ein neuer Doppelkindergarten in der Randzone der Sport- und Spielwiese Hexmatt ist eine Möglichkeit. Aufgrund einer quartierbezogen, sinnvollen Platzierung der neuen Kindergartenstandorte bietet sich die Hexmatt geradezu an. Dies beweist die Standortstudie der zukünftigen neuen Kindergärten. Diese Motion für den Schutz der Hexmatt ist somit eher kontraproduktiv. Im Weiteren kommen die Geschäfte, von denen ich gerade geredet habe, insbesondere diejenigen zu den Kindergärten, noch in den Einwohnerrat und dieser kann Stellung nehmen. Wir bitten sie, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

Patrick Freund: Ich bin etwas überrascht und dachte, dass zuerst der Motionär sprechen würde. Ich spreche im Namen der Mehrheit der Fraktion FDP-Mitte. Wir haben für diese Motion sehr viel Verständnis, gerade, weil die Hexmatt ein sehr geschichtsträchti-

ger Ort ist. Wie wir in der Fraktion festgestellt haben, ist diese für Pratteln namensgebend. Weiter kennen wir auch die damit verbundenen Sagen aus der Primarschule. Das Infrastrukturgebäude ist sehr wichtig, damit die Matte auch so genutzt werden kann, wie bis anhin. So, wie die Motion formuliert ist, verstehen wir, dass man das Infrastrukturgebäude nicht mehr fertigstellen kann, was wir sehr ungeschickt, wenn nicht sogar übermässig gehandelt finden. Was das Kindergartengebäude betrifft, gibt es sicher verschiedene Meinungen, die wir nicht abschliessend diskutiert haben, weil es ja noch eine Sondervorlage für den Einwohnerrat gibt und wir es dann diskutieren werden. Weil es eine Sondervorlage gibt, sehen wir Folgendes: Die Motion muss umformuliert werden, damit das Infrastrukturgebäude sicher fertiggestellt werden kann und weil eine Sondervorlage sowieso kommt, ist aus unserer Sicht diese Motion schlichtweg nicht notwendig. Darum werden wir sie nicht als erheblich erklären.

Patrick Weisskopf: Warum habe ich diese Motion gemacht? Das Grundstück hat eine historische Bedeutung für Pratteln und ist eine ökologisch wertvolle Fläche für die Prattler Bevölkerung. Die Fläche bietet Freiraum für Sport und Freizeit und befindet sich in der Zone für öffentliche Bauten mit der Zweckbestimmung als Spiel- und Sportwiese. Es ist richtig, dass man hier Sportgebäude mit Garderobe, WC, Dusche und Nebenräumen hat. Wir haben aber auch vor nicht allzu langer Zeit begonnen, Sandgruben zu renovieren und bei diesen Diskussionen kam auch zur Sprache, dass die Hexmatt gar nicht so gut genutzt werden kann, weil sie die Hälfte des Jahres nicht brauchbar ist. Es ist sicher notwendig, Folgendes anzuschauen: Ist ein Bedarfsnachweis da, um etwas Grosses zu machen? Was ist passiert? Ich habe am 26.11.2013 eine Interpellation gemacht, in der es um die unterirdische Gleichrichteranlage der BLT ging. Dort erhielt ich den Eindruck, dass wir auf gutem Weg seien und es würde als Einheit geplant und auch realisiert. Damals hat man gesagt, der Ersatz der Duschen im Kindergarten würde jetzt vorgenommen und sei bereits im Budget 2013 enthalten. Für mich kam der erste Schreck, als ich gesehen habe, was genau gemacht wird, als es ausgesteckt war. Es ist ein ganz kleines Gebäude. Der zweite Schock kam, als das Gebäude gebaut wurde. Man hat nicht alles abgerissen, man liess eine gewisse Bausubstanz stehen und hat darum herum eine richtig schöne ostdeutsche Plattenbaute aufgestellt. Schön ist es nicht, aber über Geschmack lässt sich streiten. Ich hätte erwartet, weil die Hexmatt ein historisch wertvolles Grundstück ist, dass man Sorge trägt. Ich hätte ein integriertes Konzept erwartet. Was ist sonst noch alles geplant? Man hat die Unterflurtransformatoranlage realisiert und darüber ein kleines Magazin, in dem die Sportvereine ihr Material lagern. Daneben befindet sich der Hartplatz, der hauptsächlich als Parkplatz benutzt wird und dies vermutlich in Zukunft noch vermehrt. Weitere Planungen sehen die Umnutzung des heutigen Kindergartens vor. Man hört, es solle ein historisches Archiv geben. Ich weiss nicht, was an diesem Gerücht stimmt. Aus diesem Grund muss man einen Kindergarten Hexmatt auf der Hexmatt bauen. Wir beginnen nun also bereits, einen dritten Teil der Hexmatt anzuknabbern. Der erste Teil war der Parkplatz mit dem Hartplatz. Der zweite Teil wurde mit dem Trafohäuschen angeknabbert und daneben kommt noch die Garderobe. Der dritte angeknabberte Teil ist bereits heute im Gespräch für den Kindergarten. Heute haben wir vom Gemeinderat keine Aussage erhalten, wie gross diese Flächen sind und ob es nur um einige Quadratmeter handelt oder um grössere Flächen. Wir verschenken hiermit eine Gelegenheit auch für zukünftige Generationen. Von meiner Seite her ist unbestritten, dass mit dem Kindergarten etwas gehen muss. Aus meiner Sicht hat man heute noch Gelegenheit, mit einer guten Planung doch noch Etwas auf das bestehende Grundstück zu bauen. Man müsste sich beeilen, das Konzept angehen und sich fragen, was man zusammenlegen oder integrieren kann und auch Land sparen. Wir reden ja überall in Pratteln von verdichtetem Bauen und pferchen die Leute in Hochhäuser. Es kommen immer mehr Leute und die Leute brauchen auch Bewegungsflächen. Daher sollen wir diese Bewegungsflächen auch offen halten und auch hier sehen, dass die Gemeinde etwas Verdichtetes erstellt. Garderobengebäude, einen Bedarfsnachweis fände ich toll. Ich bitte sie trotzdem, an der Diskussion teilzunehmen, was wir mit der Hexmatt machen wollen, ob wir sie wirklich so gestückelt bebauen wollen oder ob wir der Meinung sind, man solle dies gesamtheitlich anschauen und ein sauberes Konzept brin-

gen. Dies bringt uns wahrscheinlich noch eine Zusatzrunde im Einwohnerrat und ich bin im Hinblick dazu bereit, die nun als Motion formierte Vorlage abzuschwächen, in dem Sinn, dass wir sagen, wir können die Vorlage in ein Postulat umwandeln. Das Postulat würde festlegen, dass wir bereit sind, dies anzuschauen und der Gemeinderat wirklich schauen muss, dass wir auf Anbauen auf der Hexmatt verzichten.

Albert Willi: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man die Hexmatt so lassen soll, wie sie ist, bauen aber das bestehende Gebäude bzw. das, was man begonnen hat, fertig. Was mit den Kindergärten passiert, steht auf einem anderen Blatt und dafür haben wir später eine Sondervorlage und andere Vorlagen. Dann können wir immer noch sagen, ob wir dies wollen, ob es uns nun dort passt, wie und wann und ob überhaupt. Man kann die Motion bzw. das Postulat überweisen. Aber in dieser Angelegenheit haben wir noch ein wichtiges Wort zu reden.

Peter Häring: Ich bitte den Gemeinderat dringend, von den Kindergärten auf der Hexmatt abzusehen und dies aus Gründen, die bereits vorher schon erwähnt wurden. Ich gehe nun in der Geschichte etwas zurück. Der Name Pratteln geht auf Pratellum zurück, was lateinisch bzw. römisch ist. Pratellum bezeichnet eine kleine Matte. Vom Gelände her ist Pratteln nicht so eine kleine Matte und so nimmt man heute an, dass mit dieser kleinen Matte die Hexmatt gemeint ist. Damals war sie noch nicht Hexmatt, aber schon zu keltischen Zeiten ein Kultort. Es gab einen Zusammenhang mit Chrischona und dem Forumstempel in Augst, vermutlich eine Frauengöttin. Es gibt in Pratteln auch noch eine Fraumatt, die jedoch überbaut wurde. Hexmatt ist seit 2'000 Jahren unüberbaut und ich bin der Meinung, wir sollten bei dem bleiben. Die Bauten dem Tram entlang ergeben einen Abschluss gegen die Industrie, aber auf der anderen Seite sollte man es belassen. So gesehen kann man mit dem Postulat von Patrick Weisskopf gut fahren.

Emil Job: Nachdem nun auf die Historie dieser Matte eingegangen wurde, weise ich darauf hin, dass solche Flächen in einem Dorf sehr wichtig sind, gerade wenn die Temperaturen wärmer werden und dann Flächen vorhanden sind, auf denen sie sich wieder abkühlen kann. Man hat dies in Studien oftmals nachgewiesen und darum sind diese Flächen wichtig, gerade innerhalb des Dorfes.

Roger Schneider: Ich habe sehr grosse Sympathien zur Motion von Patrick Weisskopf und schliesse mich voll den Voten von Peter Häring an. Ich zitiere aus der Homepage der Gemeinde Pratteln „Bemerkenswert ist, dass die Hexmatt nie überbaut worden ist“. Im Moment fehlt das Bekenntnis vom Gemeinderat, dass er die Fläche unüberbaut lassen will mit Ausnahme eines kleinen Ausbaues des Garderobengebäudes. Ich gebe dem Gemeinderat weiter, dass er hier sensibler vorgehen soll, wenn es das Projekt Kindergarten im Gebiet Hexmatt weiter verfolgt und dass es nicht nötig ist, einen Kindergarten in der öW-Zone aufzubauen, sondern in einer anderen Zone oder in einer Liegenschaft in der Umgebung der Hexmatt. 1974 hat der Einwohnerrat eine Vorlage abgelehnt, als der Werkhof auf die Hexmatt verlegt werden sollte. Ich bitte, die Motion bzw. das Postulat zu unterstützen.

Bruno Baumann: Mir ist nicht klar. Bei der Motion heisst es „Es wird rechtlich sichergestellt, dass die Hexmatt ... ungeschmälert und im heutigen Umfang erhalten bleibt“. Somit kann man keinen Kindergarten darauf bauen. Ist dies bewusst, dass man nachher nichts mehr darauf bauen darf? Dies möchte ich noch klar vom Gemeinderat wissen. Wo kommt der Kindergarten hin, wenn er auf der Hexmatt gestrichen ist?

GR Max Hippenmeyer: Wir schiessen hier über das Ziel hinaus. Wir haben über eine Motion geredet, von der ich denke, dass man sie in dieser Form so nicht überweisen kann. Es heisst hier ganz klar „ungeschmälert und im heutigen Umfang“. Dies ist praktisch nicht möglich. Der Einwohnerrat hat das Geld für ein neues Garderobengebäude gesprochen und dieses ist im Bau. Es wäre ein Schuldbürgerstreich, wenn man die Motion in dieser Form überweisen würde. Wenn Patrick Weisskopf die Motion in ein Postulat

umwandelt, sind wir gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Was ist passiert? Wir haben ein Kindergartenkonzept vorgelegt und darin ist vorgesehen, dass eventuell in der Hexmatt ein Kindergarten wäre. Der Einwohnerrat entscheidet später darüber und dazu gibt es eine Sondervorlage, zu der sich der Einwohnerrat äussern kann. Wenn ihr die Motion in der jetzigen Form überweisen würdet, ist alles gestorben. Dann haben wir lediglich ein angefangenes Infrastrukturgebäude, das dringend notwendig ist - und das kann es nicht sein.

Patrick Freund: Wir haben es intern und mit Patrick Weisskopf besprochen und GR Max Hippenmeyer hat es vorweggenommen: Als Postulat können wir es mehrheitlich unterstützen. Der Schutz der Matte ist uns genauso wichtig. Es ist richtig, dass man darüber diskutiert und etwas vom Gemeinderat erfährt. Die Sondervorlage hätte auch ausgereicht. Als Motion lehnen wir es sicher ab, weil das Infrastrukturgebäude fertig gebaut werden soll.

Patrick Weisskopf: Ich danke den bisherigen Rednern für ihre Voten. Ich habe gesehen, dass eine Motion keine Chancen hat und wandle die Motion in ein Postulat um und öffne hiermit den Weg, dies in den Gemeinderat zum Prüfen und Berichten zu bringen und um zu sehen, was man machen kann, damit es auf der Hexmatt eine optimale Situation gibt und sie als Spiel- und Sportwiese kommenden Generationen erhalten werden kann möglichst im heutigen Umfang. „Ungeschmälert“ würde ich streichen, damit Sportbauten für Spiel- und Sportzwecke erlaubt wären.

GR Rolf Wehrli: Ich danke Patrick Weisskopf für das Verständnis. Wie GR Max Hippenmeyer gesagt hat, nehme ich das Postulat sehr gerne entgegen und werde dies auch im Zusammenhang mit dem Kindergartenkonzept in einer Vorlage seriös beantworten. Etwas Kleines: Ich weiss nicht, ob das oben rechts zur römischen Matte gehört, aber sicher zu einem Kultort, dort hat es eine Hundetoilette gegeben.

Abstimmung über das Postulat von Patrick Weisskopf

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung:

://: Das Postulat Nr. 2859 wird an den Gemeinderat überwiesen:

Geschäft Nr. 2860

Interpellation der SVP-Fraktion, Rolf Hohler, betreffend „Un“-sichere Schauenburgerstrasse

Aktenhinweis

- Interpellation der SVP-Fraktion, Rolf Hohler, betreffend „Un“-sichere Schauenburgerstrasse“ vom 28. Oktober 2013

GR Ruedi Brassel: *Nach welchen gesetzlichen Grundlagen wurden der gelbe Streifen, die grauen Pfosten, die Rechtsvortritte, die Strassenquerung, usw. auf dieser Strasse mit offiziellem Tempo 50 erstellt?* Basis ist die Signalisationsverordnung SSV Art. 77 Abs. 3. Die gelben Steifen wurden dort gemacht, wo eine bauliche Trennung der Fussgängerbereiche von der Fahrbahn nicht möglich ist. Dort können Längsstreifen bezeichnet werden. Die Dimensionierung richtet sich nach den Fussgängerfrequenzen. Da eine Markierung alleine keinen physischen Schutz bietet, werden zum besseren Schutz des Fussverkehrs in sinnvollen Abständen Pfosten angeordnet. Dies waren Wünsche aus dem Quartier und wurde so umgesetzt, dass Ausfahrten aus den Garagen usw. möglich sind.

Dort, wo das Kreuzen zweier Motorfahrzeuge nicht möglich ist, kann der Pfostenabstand vergrössert werden. Es bleibt aber bei der Absicht, den Verkehr zu verlangsamen und damit ebenfalls zur Sicherheit beizutragen. *Wieso wurde der gelbe Streifen im unteren Teil auf die Schauenburgerstrasse und nicht ins Weglein vom Rumpel zur Mayenfelsestrasse gelegt?* Es ist ein Faktum, dass Personen die Schauenburgerstrasse entlanglaufen und nicht das Weglein in die Mayenfelsestrasse benutzen. Wir wollen für alle Strassenteilnehmer möglichst sichere Verhältnisse schaffen und daher hat man sich entschieden, gerade zum Schutz der Kinder, auch an dieser Stelle den Streifen durchzuziehen, was sich bewährt hat. *Wie hoch belaufen sich die Kosten im Jahr für die Montage/Demontage der Pfosten?* Für die Montage bzw. Demontage benötigt der Werkhof 4 Mannstunden. Seit der Erstellung der Pfosten musste der Werkhof für das Einholen von zwei Ernten jeweils zwei Pfosten entfernen und wieder montieren. Dies betraf den untersten und den obersten Pfosten der Schauenburgerstrasse. *Wie viel kostet ein solcher Pfosten im Ersatz (nach umfahren)?* Die Kosten für einen Pfosten betragen CHF 280.00. *Wann wird ein Pfosten ersetzt?* Die Pfosten können mehrere Male umgefahren werden, sie sind selbstaufrechtend. Bis jetzt musste keiner ersetzt werden. *Die Sichtbarkeit bei Tag ist in dieser Farbe ungenügend, gibt es da eine andere Lösung?* Der Gemeinderat hat sich für eine Ausführung der Pfosten entschieden, die zum Bild des alten Dorfkerns passen. Das Problem der Pfostenausführung wurde allerdings erkannt, weshalb das Thema in der Verkehrsplanungskommission nochmals aufgegriffen wird. *Die Sichtbarkeit bei Nacht ist ebenfalls ungenügend, da bei einem Drittel der Pfosten durch das um- und anfahren bereits die Reflektoren fehlen. Gibt es da auch eine Lösung?* Unsere Kontrolle hat ergeben, dass nur bei 3 Pfosten die Reflektoren ganz oder teilweise fehlen. Die Frage stellt sich aber nicht mehr, da die Pfosten zurzeit entfernt sind. Das Reflektorband wurde bereits bestellt und wird demnächst ersetzt. Pfosten müssen gemäss Gesetz nicht mit Reflektoren versehen oder beleuchtet sein. *Die Standorte der Pfosten sind zum Teil verkehrs- und anwohnerbehindernd, wer hat diese Standorte definiert und abgesegnet?* Wenn man sich entscheidet, die Pfosten zu setzen, muss man sie so setzen, dass sie nicht die Ausfahrten zu den Liegenschaften behindern. Sie müssen aber auch so gesetzt werden, dass sie tatsächlich den Schutz der Längsstreifen bewirken. Eine gewünschte Wirkung ist, dass das Kreuzen von 2 Fahrzeugen nicht mehr automatisch und selbstverständlich möglich ist. Man muss eventuell abbremsen und ausweichen, wenn ein Fahrzeug entgegenkommt. Dies muss in Kauf genommen werden. Die bfu (Beratungsstelle für Unfallverhütung) empfiehlt einen Pfostenabstand von 12 – 25 m bei kommunalen Quartierstrassen. Wir haben sicher nicht enger gesetzt und der Abstand zwischen den Pfosten war teilweise grösser. *Was wird im oberen Teil der Strasse gemacht, dass auch landwirtschaftliche Fahrzeuge (laut Gesetz bis 3.5m breit) die Strasse normal benutzen können, denn die Breite dort beträgt keine 3.5 Meter?* Für das Einholen von landwirtschaftlichen Ernten mussten bis anhin zwei Pfosten entfernt und wieder montiert werden. Dies betraf jeweils nur den untersten und obersten Pfosten. *Wie viel mehr wird die Schauenburgerstrasse gereinigt? Da Fahrzeuge beim Kreuzen in die Böschung fahren liegt der Dreck auf der Strasse.* Wenn sich Autofahrer so verhalten, spricht dies nicht für ihre Fahrkünste und auch nicht auf besondere Rücksichtnahme. Es ist die Meinung, dass man ohne weiteres in einer Quartierstrasse auf die Bremse gehen kann, um abzuwarten, bis das Gegenfahrzeug durchgefahren ist. Ein spezieller Reinigungsaufwand wurde bis heute in diesem Bereich nicht festgestellt. *Den gelben Streifen finden die Anwohner, wie schon an der öffentlichen Diskussion im Schloss bemerkt, mehrheitlich keine schlechte Sache, aber die Pfosten stiessen damals schon auf sehr grosse Skepsis. Wieso wird nicht auf die Anwohner Rücksicht genommen bei solchen Vorhaben?* Ich selber war an der Veranstaltung im Rittersaal und die Pfosten wurden durchaus von verschiedenen Personen begrüsst. Wir haben auch eine Reihe von Rückmeldungen, die die Wirkung dieser Pfosten gelobt haben. Eine Kontroverse über die Pfosten ist vorhanden, aber einfach zu behaupten, dass die Einwohnerschaft insgesamt und pauschal dagegen sei, ist falsch. Die Anwohner haben mehr Sicherheit an der Schauenburgerstrasse verlangt, dies ist auch nötig und daher hat man unter anderem auch die Pfosten gesetzt. Der Gemeinderat will damit die schwächsten Verkehrsteilnehmer schützen und dies stand im Vordergrund. Es ist nicht zu viel, wenn eine Anpassung der Geschwindigkeit

verlangt wird und die Leute entsprechend sensibilisiert werden. *Was gedenkt der Gemeinderat gegen die Parkplatzproblematik zu tun?* Das versetzte Parkieren entlang einer engen Strasse führt dazu, wenn der Fussgängerbereich nicht abgetrennt ist, dass die Fussgänger und vor allem die Kinder immer um die Fahrzeuge herum gehen müssen und auf die Fahrbahn treten, was eine unklare Wegführung ergibt. Genau dies abzuschaffen bzw. zu verhindern ist das Ziel. Das einseitige Setzen von Längsstreifen hat sich sehr bewährt. Die Parkplatzproblematik wird dadurch leicht verschärft. Man kann damit leben und muss eventuell das Fahrzeug etwas weiter entfernt abstellen und einen kleinen Fussweg nach Hause machen. Gerade auf diesem Fussweg kann sich der Autofahrer in die Fussgängerperspektive versetzen und vielleicht wird man dann etwas empfänglicher für diese Massnahmen. *Wer trägt die Verantwortung für dieses Pfofendilemma?* Die Gemeindeangestellten verweisen auf diese Frage zähneknirschend und leicht gereizt auf einen gemeinderätlichen Beschluss. Erstens handelt es sich nicht um ein Pfofendilemma; es ist ein Sicherheitsdilemma auf unseren Strassen. Wer nur von Pfofendilemma spricht, legt einseitig die Optik des Autofahrers an. Dies kann nicht unsere Optik sein, wenn wir versuchen Verkehrsprobleme gesamtheitlich zu lösen und zu regeln. Wir müssen alle Verkehrsteilnehmer einbeziehen und auf den Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer sehen. Darum, ich habe es mehrfach gesagt, hat man diese Lösung mit dem Längsstreifen getroffen und die Pfofen gesetzt, die für die grosse Mehrheit keine Probleme geben. Damit will man auch für die Autofahrer eine klare Verkehrssituation schaffen. *Was gedenkt der Gemeinderat gegen diese Probleme zu tun? Ist der Gemeinderat bereit, die Pfofen definitiv zu entfernen?* Die Pfofen sind entfernt und dies primär aus Gründen des Winterdienstes. Dieses Jahr lässt uns der Winter im Stich und man hätte sie eigentlich dort lassen können. Wir haben uns vorgenommen, dies in der Verkehrsplanungskommission genauer zu besprechen und im Zusammenhang mit Realisierung von Tempo-30 zu sehen, was nötig ist, wenn sich tatsächlich ergibt, dass die Autofahrer ohne die Pfofen Tempo-30 einhalten. Dann kann man möglicherweise auf die Pfofen verzichten, aber dies erfordert die Mitwirkung der Autofahrer und mehr als 30 darf dort nicht gefahren werden. *Bis wann wird die Schauenburgerstrasse definitiv, wie im letzten Dezember vom Gemeinderat versprochen, sicherer?* Sicher wird die Schauenburgerstrasse nur, wenn sich die Verkehrsteilnehmer wirklich vernünftig verhalten. Letztlich sind es weder Pfofen noch Markierungen alleine, die Sicherheit bieten; es handelt sich um Hilfsmittel, um ein bestimmtes Verhalten zu erzeugen. Wichtig sind der gesunde Menschenverstand, Augenmass und Rücksichtnahme auf die schwächsten Verkehrsteilnehmer.

Roland Kuny: Weil der Interpellant nicht mehr im Einwohnerrat ist, frage ich den Fraktionspräsidenten, Christian Schäublin, ob Diskussion gewünscht ist.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion

Christian Schäublin (stellvertretend für Rolf Hohler): Ich danke GR Ruedi Brassel für die Antworten. Wir sehen es jedoch anders und es gibt Leute, die dies als Pfofendilemma ansehen. Wir fragen uns auch über das Verständnis, das der Gemeinderat von Sicherheit hat. Die Pfofen stehen ja nur im Sommer und nicht im Winter und wir fragen uns, ob diese Sicherheit nur für den Sommer gilt. Der Gemeinderat widerspricht sich also, wenn die Pfofen im Winter nicht da sind. Es ist nicht konsistent und dementsprechend ist es die erste Beruhigungsmassnahme eines grösseren Strassenabschnittes und wir denken, dass der Gemeinderat beim Aufstellen der Pfofen keinen guten Eindruck hinterlassen hat. Eine Slalomstrecke gehört in die Berge und nicht auf die Schauenburgerstrasse. Wir sind gespannt, wie es weiter geht, insbesondere bei der Umsetzung vom Tempo-30 und wünschen dem Gemeinderat in Zukunft eine bessere Hand bei seinen Massnahmen.

Christoph Zwahlen: Ich frage nun die SVP-Fraktion: Was schlägt ihr konkret für Massnahmen vor? Eine sichere Verbindung zum Schutz der Kinder wurde von euch verlangt,

dann kommt eine lange Liste und es wird einfach gemeckert, egal was gemacht wurde. Aber ihr habt sicher eine Idee, was ihr machen würdet, damit es für alle stimmt und auch für eure Kinder.

Albert Willi: Der Rat hat gesagt, die Schauenburgerstrasse sei eine Quartierstrasse. Wir sehen es etwas anders, weil die Schauenburgerstrasse eine Verbindungsstrasse zwischen Pratteln und Muttenz ist. Es fahren auch viele Leute auf den Gempfen und wir haben dort einigen Verkehr. Hat sich der Gemeinderat mit der Bauverwaltung abgesprochen, und geschaut, wo die Marchsteine auf der Bergseite sind? Nach meinem Dafürhalten gibt es Marchsteine, die einige Zentimeter im Bord sind und so würde die Strasse auch etwas breiter und die Kinder und Velofahrer hätten mehr Platz. Ich selber sehe das Problem bei den Pfosten, weil die Velofahrer innen und aussen vorbeifahren und man weiss so nie, wo einer entgegenkommt. Der schlimmste Pfosten ist der unterste. Diesen Sommer bin ich hinter einem Sattelschlepper gefahren und dieser musste sehr gut zielen, damals stand der Pfosten noch. Der Sattelschlepper hat ja nur Röhren gebracht, wo sie nach Salz bohren. Irgendwie musste er um die Kurve und ich war froh, kam nicht noch ein verrückter Velofahrer oder E-Biker herunter, sonst hätte ich ihn noch unter dem Sattelschlepper hervorziehen müssen. Tempo-30 stört mich persönlich nicht, weil man auf dieser Strasse sowieso nicht schneller fährt. Wenn das versetzte Parkieren noch käme, müsste man heftig intervenieren. Ich kenne dieses Problem von 2 anderen Schauenburgerstrassen: in Liestal und in Frenkendorf. Dort gibt es höllisch verkehrsberuhigende Massnahmen wie versetzt Parkieren. Dies ergibt sehr gefährliche Situationen und dort ist Tempo-30, was für einen Teil der Leute gar nichts bedeutet. Ich meine, dass der Gemeinderat die Sache noch einmal überprüft und nachdenkt, ob er die Pfosten wieder montiert. So wie jetzt ist kein Zustand. Ein Berufskollege hat bei der Polizei gefragt, was er denn machen solle. Da wurde ihm gesagt, er solle einen 17er-Schlüssel mitnehmen und die Pfosten ab- und nachher wieder anschrauben. Ich bin froh, dass die Pfosten aus Plastik sind; in Frenkendorf sind die Pfosten aus Stahl. Es gibt noch andere Pfostenprobleme. In Liestal an der Ecke steht ein Zementpfosten und rund 1-Mal pro Monat ist er weg und der Werkhof muss ihn frisch setzen. Ich hoffe, dass sich der Gemeinderat dies noch überlegt und vor allem die untersten und obersten Pfosten. Vor allem beim obersten Pfosten ist es sehr schmal. Im Sommer lade ich dann den entsprechenden Gemeinderat ein und er kann das Steuer übernehmen und sitze nebensächlich. Der unterste Pfosten ist für alle sehr gefährlich, weil man mit dem Fahrzeug nicht ausholen kann. Die Situation dort ist für alle nicht einfach und auch die Velofahrer und Fussgänger müssen Rücksicht nehmen. Schnell fahren geht dort sowieso nicht.

Patrick Freund: Wir haben später noch eine Motion, die unsere konkreten Vorstellungen widerspiegelt. Dank an GR Ruedi Brassel für die Antworten. Dort sind 2, 3 Sachen enthalten, die sich unserer Logik nicht erschliessen. Du hast gesagt, dass es Tatsache ist, dass die Fussgänger im unteren Teil der Schauenburgerstrasse der Strasse entlang laufen und man deshalb die Markierungen angebracht hat und nicht, um die Fussgänger in den Privatweg zu führen zum Kaminbau Moser hinunter in die Mayenfelsstrasse. Wenn ich nun dieser Logik folge, dann hätten wir in der Schlossstrasse eine Rennbahn, weil dort schon einige Autorennen stattgefunden haben. Ich glaube nicht, dass du es so sagen wolltest. Das andere ist, als du gefragt hast, wie wir denn sonst vorgehen sollten. Wie wäre ein stufenweises Vorgehen gewesen? Wenn man zuerst die Markierungen ohne Pfosten gemacht hätte und dann geschaut, ob es funktioniert? Später vielleicht Bodensignale, die man als Autofahrer bemerkt, wenn man drüberfährt, ohne dass ein Pfosten dort steht. Und wenn schon Pfosten aufgestellt werden, zuerst den Mittelstreifen entfernen und dann die Pfosten setzen und nicht erst 3 Monate später, nachdem es Beinahe-Unfälle gegeben hat. Dies ist nun im unteren Teil der Schauenburgerstrasse bei der Metzgerei Wyss so und ist nicht sinnvoll. Als ich das erste Mal dort durchgefahren bin, musste ich einen Vollstopp reissen, mit 20 – 30 km/h, aber trotzdem, ich war sehr erschrocken und bin der Markierung des Mittelstreifens wie gewohnt gefolgt und habe in letzten Moment gesehen, dass dort ein Pfosten steht. Dass die Fussgänger dann auch der Signalisierung folgen, ist etwas anders. Als Kind bin ich nie dort durch, aber jetzt,

beim Joggen, habe ich die Markierung gesehen und bin dort durch. So wurde ich als Fussgänger in die Schauenburgerstrasse gelenkt. Dies macht keinen Sinn. Wir haben dort einen Fussgängerweg, der nicht mehr Wegdistanz ergibt und vor allem mehr Platz. Es gibt dort eine Stelle, trotz der gelben Markierung, wo das Mäuerchen vom Brunnen nach vorne kommt und es sehr, sehr eng ist. Dort steht kein Pfosten, egal ob es nun Sommer oder Winter ist. Dies zur Argumentation von GR Ruedi Brassel; unsere Meinung sieht man in der nächsten Motion.

GR Ruedi Brassel: Dank an Albert Willi für seine Ausführungen. Er hat Stück für Stück aufgezeigt, dass diese Massnahmen notwendig sind, dass sie etwas bringen und dass Alternativen nicht bekannt sind. Christian Schäublin meint, es sei nicht konsistent, wenn man mehr Sicherheit will, Pfosten setzen und diese im Winter entfernen. Selbstverständlich wäre es gut, man könnte die Pfosten sehen lassen. Es war ein Ausmarchen, wie viel Spielraum der Winterdienst braucht. Wir haben gemeinsam beschlossen, die Pfosten im Winter zu entfernen und abzuwarten, wie sich dies entwickelt und das Ergebnis in der Verkehrsplanungskommission auszuwerten und dann über die Wiedereinsetzung der Pfosten zu entscheiden. Dies war die Entscheidungsgrundlage, die situations- und jahreszeitlich bedingt war. Dass dies nicht konsistent erscheint, mag sein. Es geht um relativ pragmatische Entscheide und wir haben dies auf diese Weise angegangen. Albert Willi hat noch gesagt, es sei keine Quartierstrasse, es sei eine Verbindung nach Muttenz. Um so mehr müssen wir, wenn wir in Gefahr laufen, dass dort noch mehr Verkehr entsteht, den Verkehr in engere Grenzen führen, Vorgaben machen und entsprechend Tempo-30 durchsetzen. Das Durchsetzen von Tempo-30 in einer langen und geraden Strecke, wie es die Schauenburgerstrasse ist, ist eine relativ heikle Sache. Der Gemeinderat hat entschieden, dass es dort kein versetztes Parkieren gibt, was für Fussgänger wirklich gefährlich ist. Die einzige Alternative ist ein solcher Längsstreifen, den man schützen muss, damit diejenigen Autofahrer, die wenig Rücksicht nehmen und vielleicht ortsfremd sind, und auf die meiner Meinung nach wenig angebrachte Verbindung nach Muttenz wollen, diese Strecke für diese Autofahrer nicht allzu attraktiv wird. Es gibt Leute, die dort regelmässig fahren, aber diese Strecke ist zum Glück nicht intensiv befahren, denn sonst hätten wir dort ganz andere Probleme. Ich bin froh, dass es auch von der SVP heisst, Tempo-30 würde nicht stören - Tempo-30 ist ja beschlossen und auch in der Schauenburgerstrasse muss dies realisiert werden. Ich habe an der letzten Einwohneratssitzung erläutert, wie es mit der Umsetzung ist und welche Strassen gemäss Verkehrsgutachten von Tempo-30 ausgenommen werden und da ist die Schauenburgerstrasse nicht dabei. Am 25. Februar wird es eine Informationsveranstaltung zu Tempo-30 geben, zu der auch alle Wohnerrätinnen und Wohnerräte eingeladen sind. Es geht, Patrick Freund, nicht darum, dass man nun eine abstruse Logik zieht, wenn sagt, weil die Schauenburgerstrasse im untersten Teil von Fussgängern genutzt wird und dann die Schlosstrasse als Rennbahn genutzt wird, müsste auch legalisiert werden. Nicht die Legalisation eines Verhaltens ist das Ziel, sondern der Schutz der schwachen Verkehrsteilnehmer und darum kann man so nicht argumentieren; dies ist absurd. Ein Problem hat sich beim untersten Pfosten gezeigt und man muss den Standort noch einmal überprüfen. Dies wird auch in der Verkehrsplanungskommission diskutiert werden.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2861

Motion der FDP-Mitte, Thomas Sollberger, betreffend „Störende Pfosten an der Schauenburgerstrasse“

Aktenhinweis

- Motion der FDP-Mitte, Thomas Sollberger, betreffend „Störende Pfosten an der Schauenburgerstrasse“ vom 28. Oktober 2013

GR Ruedi Brassel: Wir haben vor der Pause ausgiebig über die Pfosten diskutiert. Ich habe dort schon gesagt, dass die Pfosten nicht mehr stehen und der Gemeinderat sie also nicht mehr entfernen kann. Die Motion ist in dieser Hinsicht erfüllt. Eigentlich ist es keine Motion; es geht um das Handeln des Gemeinderats im eigenen Kompetenzbereich; es ist ein klassisches Postulat, das hier vorliegt. Der Gemeinderat ist bereit, dies als Postulat entgegenzunehmen und beantragt, weil die Pfosten nicht mehr stehen, das Postulat gerade als erfüllt abzuschreiben.

Thomas Sollberger: Wir können davon ausgehen, dass niemand, der die Schauenburgerstrasse hinauf oder hinunterfährt, dies mit der Absicht macht, Schaden an Personen, Velofahrern oder Autos zu verursachen. Die gelben Spermarkierungen machen die ohnehin nicht breite Fahrbahn optisch noch schmaler und so wird die Geschwindigkeit gesenkt und die Aufmerksamkeit erhöht. Dies ist sicher positiv. Mit den zusätzlichen Pfosten, die man je nach Tageszeit und Sonnenstand oder Wetter kaum sieht, wird der positive Effekt völlig aufgehoben. Im Gegenteil: Die Pfosten stellen meiner Meinung nach sogar ein Sicherheitsrisiko dar. Weil der Autofahrer die Pfosten suchen muss, wird ein Teil der gesteigerten Aufmerksamkeit für die anderen Verkehrsteilnehmer wieder abgezogen. Am schlimmsten könnte es die Velofahrer treffen, weil auch sie die Pfosten nicht besser sehen als die Autofahrer, sie aber nicht umfahren, sondern vermutlich stürzen und wie böse ein Sturz ausgehen kann, hat man bei Michael Schuhmacher gesehen. Ich möchte mir nicht hier vorwerfen lassen, man hätte in diesem Zusammenhang nichts unternommen. Dass man wegen landwirtschaftlichen Fahrzeugen im Sommer und wegen des Schneepfluges im Winter die Pfosten wegnimmt, zeigt schon, dass sie für die Sicherheit keinerlei Bedeutung haben. Im Namen der Fraktion FDP-Mitte bitte ich sie darum, die Motion zu überweisen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 18 Ja zu 17 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Die Motion Nr. 2861 wird für erheblich erklärt.

Geschäft Nr. 2865

Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „GLOBAL DENKEN – LOKAL HANDELN, Solidar Suisse Gemeinderating 2013“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „GLOBAL DENKEN – LOKAL HANDELN, Solidar Suisse Gemeinderating 2013“ vom 18. November 2013

GR Max Hippenmeyer: Ich möchte vorwegschicken, dass es sich bei dieser Umfrage nicht um eine Untersuchung von einer offiziellen Stelle handelt, sondern um eine private Umfrage des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes, wie wir viele auf der Gemeindeverwaltung erhalten. In der Regel nehmen wir auch nicht teil an solchen privaten Umfragen, da die Zeit fehlt für eine umfassende und seriöse Beantwortung und es dann so herauskommt wie bei diesem Gemeinderating. Ausser Negativschlagzeilen liegt da meistens nichts drin. Trotzdem beschäftigen wir uns natürlich laufend mit den in der Umfrage aufgeworfenen Fragen und bemühen uns auch dementsprechend zu handeln. Zu den Fragen der Interpellation: Frage 1: *Ist der Gemeinderat bereit 0.5 bis 1 % des Steuerertrags für Entwicklungsprojekte und humanitäre Hilfe in das Budget 2015 einzuplanen. Wenn NEIN, warum nicht?* Der Gemeinderat ist nicht bereit jeweils 0,5 bis 1% des Steuerertrages für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zu sprechen. Wir reden von einem Betrag zwischen CHF 200'000 und CHF 450'000 pro Jahr. Abgesehen davon, dass Entwicklungszusammenarbeit sicher nicht zu unserem Kerngeschäft gehört und eher Sache des Bundes ist, kann ich mir nicht vorstellen, dass eine Mehrheit des Einwohnerrates einem solchen Budgetposten zustimmen würde. Frage 2: *Hat der Gemeinderat bereits Richtlinien veranlasst, damit sichergestellt ist, dass bei allen Beschaffungsprozessen „Fair Trade“ eingehalten wird? Wenn NEIN, warum nicht?* Fair-Trade = Schutz gegen Ausbeutung von Kleinbauern und Plantagearbeitern in Entwicklungs- und Schwellenländern. Es gibt in unserer Gemeinde keinen grundlegenden politischen Auftrag, keine entsprechenden Richtlinien und keine speziellen Mittel zu diesem Thema. Der relevante Produktanteil ist gering und vieles läuft über Dritte. Wir halten uns an Lieferanten, die zunehmend Wert auf Fair-Trade legen. Es ist auch klar, dass wir nicht jegliche von Dritten beschaffte Ware bis zum Ursprung kontrollieren können, gerade z. B. im IT-Bereich. Dort wo möglich und wo nennenswerte Volumen anfallen, achten wir darauf, z. B. beim Papier mit dem Blauen Engel. Frage 3: *Ist der Gemeinderat bereit, Richtlinien für Submissionen zu erstellen, welche Fair-Trade garantieren? Wenn NEIN, warum nicht?* Bei Submissionen richten wir uns nach den Bestimmungen des kantonalen Beschaffungsrechts, wo zurzeit keine Fair-Trade-Nachweise zwingend verlangt werden. Der Gemeinderat erachtet zusätzliche kommunale Submissionsregelungen in diesem Bereich als unnötig. Frage 4: *Ist der Gemeinderat bereit, ein aktives politisches Engagement einzugehen, damit Pratteln bei einem erneuten Gemeinderating in Sachen Beschaffungspraxis und Entwicklungszusammenarbeit besser abschneidet? Wenn NEIN, warum nicht?* Wo konkrete Zusammenhänge und Bezüge zu Fair-Trade sichtbar sind, setzt sich der Gemeinderat dafür ein. Die Methodik des Fragebogens von Solidar (nur wenige Fragen) und die Art der Beantwortung (nur telefonisch und nicht dokumentiert) scheint mir merkwürdig und entspricht nicht den wissenschaftlichen Kriterien der empirischen Sozialforschung. Deshalb werden wir an einer weiteren Umfrage in dieser Form nicht mehr teilnehmen. Die Verwaltung ist angewiesen, grundsätzlich nur an behördlichen und allenfalls wissenschaftlichen Umfragen teilzunehmen.

://: Der Rat beschliesst Diskussion.

Gert Ruder: Danke für die Beantwortung der Fragen. Selbstverständlich kann ich nicht in Begeisterung ausbrechen und bin schlichtweg enttäuscht. Enttäuscht, weil ich es als Chance gesehen habe. Erstens, dass der Gemeinderat mitgemacht hat, auch wenn es

nicht eine wissenschaftlich fundierte Umfrage war, aber er hat wenigstens mitgemacht und wir haben einen Eindruck, wo sich Pratteln innerhalb von Gemeinden ähnlicher Grösse einreihet. Ich hatte mir erhofft, dass der Gemeinderat dies zum Anlass nimmt, wenigstens ein Zeichen zu setzen, auch in diese Richtung zu gehen und sich bei erneuten oder ähnlichen Umfragen, ob sie nun wissenschaftlich genügend fundiert sind oder nicht, sich etwas näher an das Mittelfeld der Vergleichsgemeinden anzunähern. Der Gemeinderat macht dies nicht. Von mir aus ist diese Interpellation keine negative Schlagzeile, denn in der Einleitung schreibe ich ja, dass es lobenswert ist, dass man mitgemacht hat. Vielleicht gibt es nun negative Schlagzeilen wegen der Antwort, die wir hier erhalten haben. Zur Frage möchte ich sagen, dass es nicht nur um Plantagenarbeit geht. Es geht noch um andere Materialien, die auf der ganzen Welt beschafft werden können und ich hoffe nicht, Max Hippenmeyer oder Gesamtgemeinderat, dass ihr zum Beispiel über Trottoirabflachungen lauft, an denen vielleicht blutige Kinderhände gearbeitet haben, weil diese Steine nicht aus dem Maggiatal oder Graubünden kommen, sondern aus Indien, Pakistan, Peru oder aus einem anderen Land, in dem man die Kinder nicht so schützt, wie in Europa. Um diese Sachen wäre es bei Fair-Trade gegangen und dort, wo Pratteln Geld investiert, sollte doch auch Pratteln über die Submission sicherstellen oder mindestens versuchen, dass solche Materialien nicht gekauft werden. Ob es von einem Dritten oder Vierten oder sogar Fünften kommt, interessiert mich nicht. Ich bin der Meinung, die öffentliche Hand habe eine Vorbildfunktion und ich bedaure ausserordentlich, dass der Gemeinderat nicht willens ist, ein Zeichen in diese Richtung zu geben und als Vorbild tätig zu sein. Es würde mich freuen, wenn wir uns auch noch eine Dreiviertelstunde über dies unterhalten könnten, wie wir uns eine Dreiviertelstunde über einige Plastikpfosten und die Schauenburgerstrasse unterhalten haben. Derselbe Eifer und dasselbe Engagement würde mich ausserordentlich freuen.

Roger Schneider: Auch unsere Fraktion hat die Interpellation interessiert durchgelesen und war auf die Antworten gespannt. Ich selber habe einen Beitrag im Telebasel gesehen, in dem die Umfrageergebnisse präsentiert wurden und auch ein Interview auf einer Gemeinde stattgefunden hat. Das vorliegende Gemeinderating beschränkt sich nur auf die soziale Nachhaltigkeit, was lediglich ein Aspekt der Nachhaltigkeit ist. Wichtiger wäre unseres Erachtens eine umfassende Untersuchung der Nachhaltigkeit in Pratteln, beispielsweise mit dem Instrument des „Cercle Indicateurs“. Mit diesem Instrument werden alle Kernindikatoren der Nachhaltigkeit betrachtet: Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Untersuchung wird auch vom Bundesamt für Raumentwicklung unterstützt und ich lege der Gemeinde nahe, sich dort zu beteiligen und den Test für alle 3 Bereiche durchzuführen.

GR Max Hippenmeyer: Eine Entgegnung zu Gert Ruder: Es wird beispielsweise gefragt: Kommuniziert die Gemeinde ihr entwicklungspolitisches Engagement in Entwicklungs- und Schwellenländern? Wie viel wurde 2012 für Gemeindepartnerschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern ausgegeben? Gibt es soziale Nachhaltigkeitskriterien für die Beschaffung von Sportartikeln? Gibt es soziale Nachhaltigkeitskriterien für die Beschaffung von Uniformen und anderen Textilien? usw. usw. Ich habe vorhin gesagt, dass wir keine Steine aus Peru nehmen und uns bemühen, dass sie aus dem Inland kommen. Bei allem Respekt denken wir, dass wir auf der Gemeinde auch noch andere Sachen zu tun haben.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2867

Interpellation der BDP Pratteln, Marc Bürgi, betreffend „Entsorgungsgebühren“

Aktenhinweis

- Interpellation der BDP Pratteln, Marc Bürgi, betreffend „Entsorgungsgebühren“ vom 18. November 2013

GR Stefan Löw: Frage 1: *Ist die Gemeinde Pratteln durch die finanzielle Situation nicht auch in der Lage, die Abfallgebühren moderat zu senken?* Innert kurzer Zeit hat die Gemeinde die Abfallgebühren bereits zweimal gesenkt. Im Sommer 2011 wurden die Gebühren erstmals um 12%, per 1. März 2013 nochmals um weitere 10% gesenkt. In unserer Gemeinde kostet ein 35-Liter-Sack heute CHF 2.00. In diesen CHF 2.00 ist der Sack inbegriffen und dies ergibt CHF 1.85. Vor drei Jahren waren es noch CHF 2.50. Auch das Gewerbe hat von diesen Reduktionen profitiert. Bei der letzten Senkung wurden die tieferen Annahmegerbühren der KVA bereits berücksichtigt. Diese Anpassungen waren dank mehrerer guter Abschlüsse der Abfallrechnung möglich. Es ist wichtig, dass die Abfallrechnung über ein paar Jahre ausgeglichen bleibt. Eine weitere Senkung kann geprüft werden, wenn die geplanten Investitionen in der Sammelinfrastruktur getätigt sind und Schwankungen auf Aufwand- und Ertragsseite aufgefangen werden können. In den nächsten 2 Jahren sollten noch 2 weitere Sammelstellen gebaut werden: Coop Bahnhofstrasse und Migros Schlossstrasse mit Kosten von ca. CHF 120'000. Die grosse momentane Bautätigkeit macht langfristig wohl noch weitere Sammelstellen notwendig.

Frage 2: *Falls Nein, wie viel teurer wird der Transport mit der Bahn im Vergleich zum Transport auf der Strasse?* Der kombinierte Transport Strasse/Bahn ist pro Tonne rund CHF 45.00 teurer als der reine Strassentransport. Weil aber die Verbrennung in der KVA Basel dank einem günstigeren Annahmetarif weniger kostet und uns der Transporteur einen Rabatt gewährt, kostet das Einsammeln und Verbrennen einer Tonne Hauskehricht ab 1. Januar 2014 noch rund CHF 15.00 mehr als der reine Strassentransport.

Frage 3: *Wie viel Umsatzsteigerung hat die Gemeinde Pratteln bei Recycling-Verkäufen im Vergleich zum Vorjahr gemacht?* Keine. Die Einnahmen sind in den letzten Jahren leicht zurückgegangen, da die Erlöse aus der Papier- und Kartonverwertung rückläufig waren. Der Entschädigungssatz für Altglas ging ebenfalls zurück. Die Mengen der separat gesammelten und wiederverwerteten Wertstoffe (Papier/Karton, Glas und Alu/Weissblech/Metall) sind seit Jahren stabil. Papier/Karton und Glas sind die grössten Fraktionen und die Einnahmen aus der Wiederverwertung decken die Sammelkosten und warfen 2013 noch einen Nettoerlös von je CHF 15'000 ab. Der Erlös aus dem Metallrecycling hingegen deckt die anfallenden Sammelkosten nicht.

Frage 4: *Ist die Gemeinde Pratteln die einzige Gemeinde aus dem mittleren Baselbiet, welche brennbare Abfälle mit der Bahn zur KVA in Basel transportiert?* Nein, Frenkendorf, Füllinsdorf und die Gemeinden des Unteren Fricktals bringen ihre Abfälle nach Kaiseraugst, von wo sie per Bahn in die KVA transportiert werden.

Frage 5: *Warum wurde mit den anderen Gemeinden im mittleren Baselbiet nicht eine gemeinsame Lösung zum Abfalltransport per Bahn zur KVA in Basel beschlossen, um die Kosten im Verbund niedrig zu halten?* Erfahrungen zeigen, dass eine Verbundlösung mit anderen Gemeinden im Bereich der Entsorgung von Abfällen keine Vorteile bringt. Gemeinden erhalten keinen Mengenrabatt. Allein Dank dem Wechsel auf den kombinierten Transport konnte Pratteln das Einsammeln von Hauskehricht, Grobsperrgut und Gewerbekehricht zusammenlegen. Damit lassen sich CO₂-Einsparungen erreichen und die Kosten längerfristig reduzieren.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2868

Postulat der BDP Pratteln, Marc Bürgi, betreffend „Dezentrale Energieerzeugung“

Aktenhinweis

- Postulat der BDP Pratteln, Marc Bürgi, betreffend „Dezentrale Energieerzeugung“ vom 22. November 2013

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat will das Postulat nicht entgegennehmen. Der Leitfa-den „Energie in der Ortsplanung“ des Kantons BL vom Juni 2005 und der Energiesach-plan der Gemeinde Pratteln vom April 2012 setzen sinngemäss für die Energieträger Prioritäten. 1. Nutzung ortsgebundener Abwärme aus Abwasserreinigungsanlagen oder Industriebetrieben. 2. Nutzung erneuerbarer Energien aus Holz, Geothermie oder Bio-gas. 3. Versorgung mit erdgasbetriebenen Wärmekraftkoppelungsanlagen beispielswei-se einem Blockheizkraftwerk. Weiter ist zu beachten, dass bei der Umwandlung von Bio-gas nur etwa 30 - 40% des Energiehaushaltes in hochwertige Energie wie Strom, An-triebsenergie usw. umgewandelt wird, wenn dieses zum Beispiel in Motoren verbrannt wird. Gemäss Auskunft von Fachleuten geht bei der Verbrennung im Heizkessel der hochwertige Anteil ungenutzt verloren. Eine Erweiterung der Biogasvergärung in Pratteln ist vorerst nicht vorgesehen, dies vorwiegend aus Gründen der Geruchsmissionen. Übertragen auf die beiden Projekte in Pratteln, Grosswärmeverbund und Wärmeversor-gung Salina Raurica, steht demnach die Nutzung der grossen Abwärmemenge der ARA im Vordergrund. Technisch könnte die Abwärme aus der Biogasverstromung ebenfalls im Wärmeverbund genutzt werden. Ob angesichts des sehr grossen Abwärmeangebotes der ARA und der geplanten Holzfeuerung der EBL ein Bedarf ausgewiesen ist, muss be-zweifelt werden. Deshalb erscheint uns die Aufbereitung des nicht ortsgebundenen Bio-gases und die Nutzung als hochwertiger Treibstoff für Fahrzeuge zukünftig höchstens in der Raststätte als zweckmässig. Zur Wärmeversorgung des Gebietes Salina Raurica wurden zentrale Abwärme ARA, Fernwärme und dezentrale mehrere Grundwasserbrun-nen miteinander verglichen. Wegen der langen Aufbauphase und der damit verbundenen geringeren Energiedichte zu Beginn, kombiniert mit dem lokalen Kältebedarf, könnte man diesen Bedarf zuerst mit Energie aus Grundwasser decken und damit scheidet eine zentrale Lösung aus wirtschaftlichen Gründen aus. Eine kurze Zusammenfassung: Ab-wärme ARA und das neu geplante EBL-Holzwerk liefern genügend Energie und für die Versorgung weiterer Energieabnehmer ist genügend Kapazität vorhanden. Darum ergibt es keinen Sinn, das nicht ortsgebundene Biogas ins Netz einzuspeisen und allen-falls als hochwertigen Antriebskraftstoff zu verwenden. Der Gemeinderat möchte keine Erweiterung der Biogasvergärungsanlage in Pratteln und dies wegen Geruchsmissionen. Der Gemeinderat bittet sie, das Postulat als nicht erheblich zu erklären.

Präsenz: Es sind nun 35 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist be-schlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Marc Bürgi: Vielen Dank für Ausführungen zu diesem Postulat. Biopower Nordwest-schweiz AG hatte vor einigen Jahren einen schlechten Start. Grund war, dass das dort hergestellte Gas nicht den Reinheitsgrad hatte, den man gebraucht hätte, um es ins IWB-Netz einzuspeisen. Folge war, dass die Firma, die eine öffentlich-rechtliche Gesell-schaft ist, also uns Einwohnern des Kt. BL über IWB und EBL gehört, Minus gemacht hat, weil sie das Gas abfackeln mussten. Mittlerweile konnte man dieses Problem lösen und seither hat man in Ormalingen eine Anlage gebaut, die eineinhalb Mal kleiner ist als jene in Pratteln und die bereits mit einem Blockheizkraftwerk erstellt wurde. Vorteil war, dass man das Gas vor Ort verbrennen konnte. Obwohl das Werk eineinhalb Mal kleiner war, konnte man damit 95 Einfamilienhäuser mit Wärme versorgen und 450 Einfamilien-

häuser mit Strom. Dadurch würde in Pratteln in Verbindung mit dem Holzfeuerkraftwerk ein Projekt entstehen, das Vorbildcharakter hätte, besonders wenn ich heute zu Tempo-30 im Wohnquartier lese, wo gleichzeitig das Energiestadt-Label verliehen wird. Wenn Energie etwas mit Tempo-30 im erweiterten Sinn zu tun hat, frage ich mich, ob die Gemeinde Pratteln nicht in der Lage ist, höhere Ziele anzustreben, was Energie und Umwelt betrifft. Darum bitte ich den Einwohnerrat, das Postulat an den Gemeinderat zu überweisen, damit die Ausführungen von GR Stefan Löw noch vertiefter in Zusammenarbeit mit den IWB und der EBL und der Biopower Nordwestschweiz AG geprüft werden.

Urs Schneider: Ich dachte zuerst, das Postulat wäre schon überwiesen, weil GR Stefan Löw schon viele Ausführungen dazu gemacht hat, sodass man es eigentlich schon abschreiben könnte. Das Postulat enthält gute Ansätze, die auch im Sinn der SVP-Fraktion sind. Wir sind auch für eine dezentrale Energieerzeugung. Es ist jedoch nicht Aufgabe der Gemeinde, IWB, EBL und Biopower bei den Energieerzeugungsfragen beratend zur Seite zu stehen. Biopower hatte zu Beginn Probleme mit dem Reinheitsgrad, was sie heute mehr oder weniger im Griff haben. Sie haben intensiv investiert und können das Gas schon länger einspeisen. Wenn wir nun das Gas in einer Wärmekraftkoppelungsanlage verbrennen würden, hätten sie das Geld fehlinvestiert und es wäre für Nichts gewesen. Dazu kommt die Frage des Standortes allgemein. Im Kanton wird immer noch oder schon wieder über den Standort der Kläranlage diskutiert und das geplante Holzwerk ist noch nicht im Bau. Wenn dies noch einmal durchdiskutiert wird, könnte es sein, dass die Biogasanlage plötzlich am falschen Ort steht. Zur Erinnerung: Wir werden nicht mehr Energie haben, wenn wir das Postulat überweisen, auch wenn IWB und EBL dies wollen. Darum wollen wir das Postulat nicht überweisen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 14 Ja zu 13 Nein bei 8 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2868 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2869

Interpellation der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend „Mindestlohn statt Sozialhilfe“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend „Mindestlohn statt Sozialhilfe“ vom 25. November 2013

GR Emanuel Trueb: Zuerst eine persönliche Bemerkung. Es scheint mir nicht ganz unproblematisch die Sozialhilfe in die Nähe eines Mindestlohnes zur rücken. Das wird der Sozialhilfe als Aufgabe eines Gemeinwesens nicht gerecht. Die Sozialhilfe ist ausgerichtet auf jene Menschen in unserer Gesellschaft, welche, aus welchen Gründen auch immer, in die Bedürftigkeit gekommen sind und auf öffentliche Zuwendung und Unterstützung angewiesen sind, was mit Lohn, also mit der Entlohnung einer erbrachten Arbeit nichts zu tun hat. Es ist Aufgabe unserer Sozialhilfebehörde alles dafür zu tun, die Menschen, welche bedürftig sind oder drohen bedürftig zu werden, im Arbeitsprozess zu halten oder wieder einzugliedern, bevor sie von einem unserer Sozialwerke eine Rente erhalten, was nebenbei bemerkt immer schwieriger wird. Tatsächlich, und das ist bekannt; können Prattler Einwohnerinnen und Einwohner, welche auf Sozialhilfen angewiesen sind, mit wenig Ausnahmen einzelnen gesellschaftlichen Gruppen zugeordnet werden. Das sind bildungsferne, schlecht ausgebildete und oft schwach integrierte Migrantinnen und Migranten, Personen, welche zwar krank sind, aber keinen Rentenanspruch bei den

Sozialwerken geltend machen können, Jugendliche mit ungenügender oder fehlender Berufsbildung, alleinstehende und alleinerziehende Frauen, mehrheitlich ebenfalls mit Migrationshintergrund; es ist ein unvollständiges Bild, das ich hier zeichne. Um es vorwegzunehmen, hat der Interpellant mit den vorliegenden Fragen dem Gemeinderat eine Aufgabe übertragen, welche angesichts der verfügbaren Zeit und der vorhandenen Ressourcen nicht vollständig gelöst werden konnte. Unser Klientendatenverwaltungsprogramm ist nicht in der Lage, diese Kriterien (Alter, Geschlecht, Branchen und Lohnhöhe) einzeln zu selektieren. Eine Verwaltungsperson bräuchte mindestens zwei Arbeitswochen, um diese Daten aus KLIB (Klientendatenverarbeitungsprogramm) und aus den physischen Dossiers herauszusuchen. Ich kann also die Fragen wie folgt beantworten: Frage 1: *Wie viele in Pratteln wohnhafte Personen sind neben ihrem Lohn auf Sozialhilfe angewiesen?* Im Jahr 2012 (das sind die verfügbaren Daten des Kantons) haben in Pratteln 781 Menschen, gestützt auf das Sozialhilfegesetz und den einschlägigen Rechtsgrundlagen, Sozialhilfe beansprucht. Das ist eine Sozialhilfequote von 5,1%. Die Sozialhilfe greift in Abhängigkeit der jeweiligen Haushaltsgrösse und der jeweiligen Möglichkeiten der Mitglieder im Haushalt, wenn das Einkommen unter den jeweiligen gesetzlichen Grundbedarfswerten liegt. Die Unterschiedlichkeit der in Pratteln geführten etwa 430 Fälle im Sinne der Interpellation aufzuschlüsseln, ist aus den eingangs genannten Gründen nicht möglich. Es kann aber gesagt werden, dass etwa die Hälfte der Klienten und Klientinnen teil- oder vollzeitbeschäftigt sind und überwiegend an Arbeitsplätzen tätig sind für schlecht- oder unqualifizierte Personen mit entsprechend tiefem Lohn. Wenn unterstützte Einzelpersonen oder 2-Personenhaushalte bei Vollbeschäftigung CHF 4000.- verdienen würden, könnten diese von der Sozialhilfe abgelöst werden. Voraussetzung bleibt, dass sie eine derartige Arbeit überhaupt bekommen oder eben nicht verlieren, was eine entsprechende, minimale Eignung und Bereitschaft voraussetzt. Frage 2: *Wie hoch wäre die Entlastung des Sozialhilfebudgets?* Aus bereits ausgeführten Gründen bin ich nicht in der Lage hier korrekte Zahl zu nennen. Es ist nicht auszuschliessen, dass das Sozialhilfebudget geringfügig entlastet werden könnte, denn Personen, welche Sozialhilfe beantragen, erhalten eine Unterstützung, bis sie mit ihrem ordentlichen Einkommen (oder Renten/andere Versicherungsleistungen) das sozialhilferechtliche Existenzminimum erreichen. Frage 3: *Gibt es bei der Gemeindeverwaltung Angestellte, die pro Stunde weniger als CHF 22.00 verdienen?* Eine einzige junge Temporärkraft verfehlte die CHF 22.00 geringfügig. Schülerinnen und Schüler, welche im Rahmen eines Ferienjobs für die Gemeinde arbeiten, können je nach Alter weniger als CHF 22.00 pro Stunde verdienen. Alle übrigen Löhne sind höher, lehnen sich an die Lohnstrukturen des Kantons an und liegen bei einzelnen Berufsgattungen und Funktionsstufen auch einmal über den vergleichbaren Löhnen in der Privatwirtschaft.

://: Der Rat beschliesst Diskussion

Bruno Baumann: Ich danke dem Gemeinderat für die Antworten. Allerdings bedaure ich sehr, dass nicht Antworten auf alle meine Fragen gegeben werden konnten. Man hätte auch etwas mehr erfahren können, wie viel es bei den Sozialhilfebezügern finanziell ausgemacht hätte usw. was mein Hauptanliegen war. Was macht man mit den Sozialhilfebezügern? Gibt es eine andere Möglichkeit? Wir haben sehr grosse soziale Ausgaben, was uns bekannt ist und darum hat es mich interessiert und ich finde es schade. Wenn ich es richtig verstanden habe, wird lieber Sozialhilfe ausgerichtet, als dass man einen Mindestlohn von CHF 4'000 zahlen würde, also CHF 22.00. So habe ich es aufgefasst. Zur Bedürftigkeit der Personen, die dies nicht haben, hat GR Emanuel Trueb mitgeteilt, was für Berufsgattungen, Personengruppen und Mitmenschen dies sind, denen es nicht so gut geht, wie uns. Darum habe ich mehr erwartet und hätte auch noch einen Monat länger gewartet, wenn dies besser zu beantworten gewesen wäre. Darum bin ich mit der Beantwortung nicht ganz zufrieden; trotzdem Danke für Mühe.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2871

Postulat der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend „Das Pfadilokal muss bleiben“

Aktenhinweis

- Postulat der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend „Das Pfadilokal muss bleiben“ vom 16. Dezember 2013

GR Rolf Wehrli: Kurz und bündig: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat zu übernehmen.

Urs Hess: Ich danke dem Gemeinderat, dass er es so kurz und bündig übernehmen will und hoffe, dass der Einwohnerrat dem Gemeinderat folgt. Schliesslich geht es um eine Jugendorganisation, die sonst von der Gemeinde nichts hat, ausser dieses Lokal, und ich bin froh, man könnte dies auch am richtigen Ort einbinden und das Pfadilokal langfristig erhalten. Ich bitte alle, mitzumachen.

Patrick Freund: Ich danke dem Gemeinderat, dass er das Postulat entgegennehmen will und hoffe, dass der Einwohnerrat dem auch folgt. Bei den Pfadi ist es eine besondere Sache; man kann sie nicht so einfach mit anderen Vereinen vergleichen. Man hat dort nicht einen Stamm von Senioren, die schauen, dass es den Junioren gut läuft usw. Was diese Jugendorganisation, die Pfadi, leistet, ist einiges wert und sie hat bisher auch einiges im Unterhalt der Lokalität geleistet. Darum ist es wichtig, dass der Gemeinderat dies genau anschaut und abklärt, ob es Sinn macht, dass sie an einen anderen Ort kommen und wenn ja, müssten sie auch dort bleiben können, und dass niemand Anderes das Lokal mitbenutzt.

Eva Keller: Ich danke dem Gemeinderat, dass er das Postulat übernehmen will. Pfadi ist ein selbstständiger Verein mit grossem Erfolg in der Jugendarbeit. Finanziell sind sie eigenständig, erhalten keine Unterstützung der Gemeinde und auch nicht der Kirche, weil sie religiös neutral sind. Sie möchten nur ein Lokal von der Gemeinde, damit der Betrieb, wie jetzt läuft, aufrechterhalten werden kann. In der Pfadi übernimmt man sehr jung Leitungsfunktionen. Dies ist eine wertvolle Lebensschule. Sie lernen auch den Umgang und das Leben mit und in der Natur. Pfadi fördert das Zusammenleben in der Gemeinschaft und unzählige Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft gehen daraus hervor. Ich weiss nicht, ob jeder hier das Lokal kennt. Was die Pfadi übernommen haben, war eher ein leeres Loch als ein Keller, also ein Kellerloch, das von der Pfadi seit Jahrzehnten geputzt und renoviert wird. Der rohe Kellerraum wurde in vielen Arbeitsstunden und mit eigenen Mitteln zu einem gemütlichen Pfadilokal umgebaut, welches fast täglich genutzt wird. Auch die Lage des Lokales ist sehr zentral, für alle gut erreichbar und mit dem Schulhausplatz haben die Pfadi und Wölfe am Samstag die Möglichkeit, dort herumzutoben und dies sicher entfernt von der Strasse. Der Keller hinter dem Burggartenschulhaus ist mit einer separaten Kellertreppe erreichbar d. h. völlig abseits des normalen Schulhausbetriebes oder vom Eingang vom „Haus der Musik“ (was herumgeistert). So kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen, wer ausser den Pfadi den Kellerraum so sinnvoll nutzen könnte. Die Gemeinde hat überhaupt nichts damit zu tun, sprich Renovationen, putzen, Einrichtungen... und Alles wird selber organisiert und bezahlt. Sie möchten wirklich nur, dass sie den Kellerraum als Lokal behalten können. Es ist mir unverständlich, warum die Gemeinde nur schon darüber nachdenkt, den Pfadi das Lokal nicht mehr zu überlassen. Es geht hier ja nicht um ein Schulzimmer, das mitten in einem Schulhaus liegt, sondern um einen Keller, um den sich die Gemeinde jahrzehntelang nicht kümmern musste und auch kein Geld in die Hand nehmen. Ich wiederhole: Wer sonst, als die Pfadi, soll dieses Lokal sinnvoll nutzen? Wenn nur schon der Gedanke entsteht, dass es ein Lagerraum werden sollte, kann ich es nicht verstehen. Pfadi haucht den Wänden Leben ein. Soll es ein „Haus der Musik“ sein, mit schönen Gesängen und begleitet von Gitarren, so ist auch den Pfadi dieses Thema nicht weltfremd. Ich habe

gehört, dass Stimmen laut geworden sind „Wenn jeder Verein ein Postulat einreicht, wo kommen wir dann hin?“ Es steht jedem Verein frei, sich an den Einwohnerrat zu wenden. Die Abteilungsleitung der Pfadi Adler hat mich schon früher um Unterstützung betreffend dieser Angelegenheit gebeten in meiner Funktion als Einwohnerrätin. Ich bin eine vom Volk gewählte Einwohnerrätin, die die Anliegen der Einwohner ernst nimmt und nach Prüfung der Sachlage „Pfadilokal“ habe ich mich entschieden, die Pfadi zu unterstützen und jetzt liegt das Postulat vor uns. Mir ist klar, dass ihr es übernehmen wollt, aber ich will es meinen Kollegen klar machen. Kann ich jetzt einfach dastehen und sagen „Ups, nein, der Gemeinderat ist am Evaluieren und da mische ich mich nicht ein?“ Es ist absolut nicht meine Vorstellung einer Einwohnerrätin, den Gemeinderat einfach so machen lassen. Also stehe ich jetzt hier und bitte euch um Überweisung. Der Gemeinderat nimmt es ja an und er soll die Möglichkeit haben, zu erklären, warum er einer so wichtigen Jugendorganisation, die sich an Anlässen im Dorf auch immer einbringt, den Keller nicht einfach so überlassen will. Wer sonst soll den Keller zum Bewirtschaften erhalten? Dazu haben wir bis heute noch keine Antwort erhalten, auf die Gefahr hin, dass der Pfadialltag in der jetzigen Form nicht mehr möglich ist. Wie stellt sich der Gemeinderat dies vor, dass der Verein private Lokale mieten soll. Wer soll dies zahlen? Es sind junge Menschen, die ehrenamtlich für unsere Kinder etwas Gutes tun und keine erwachsenen Cliquenmitglieder, die sich ihr Hobby kosten lassen. Aber vielleicht hat ja der Gemeinderat bereits eine gute Alternative. Ein Lokal mit Materialraum und nur für die Pfadi zugänglich an zentraler Lage. Dann würde alles gut. Ich bitte euch um Überweisung und - allzeit bereit.

Dominique Häring: Die Pfadi als Jugendorganisation sind eine gute und wichtige Sache; unsere Tochter war selber jahrelang dabei. Ob Kinder nun bei Pfadiabteilung Adler oder St. Leodegar sind, ihre Zeit nutzen, Erfahrungen machen oder Abenteuer erleben, spielt hier keine Rolle. Adler ist eine private Organisation, St. Leodegar von der katholischen Kirche unterstützt. Trotzdem haben beide das Bedürfnis eines gut geeigneten Pfadilokals. Die Mehrheit der Fraktion FDP-Mitte ist gegen eine Überweisung dieses Postulates, weil es sich hier um ein bestimmtes und festes Pfadilokal handelt und zwar in einem von der Gemeinde zur Verfügung gestelltem Lokal bzw. Gebäude. Sollte es Schule machen, wie Eva Keller schon erklärt hat, und würden sich mehr Vereine und andere Organisationen melden wie die Fasnachtsclique, Kinderspielgruppe usw. und einen ganz bestimmten Raum in einem ganz bestimmten Gebäude wollen; das kann es nicht sein. Dass die Gemeinde grundsätzlich Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, daran gibt es nichts zu rütteln und diese Möglichkeit soll weiterhin bestehen. Wenn sich Urs Hess dazu entscheiden kann, das Postulat entsprechend abzuändern, dass es um die Einbindung in das Konzept der Nutzung des Burggartenschulhauses geht, dann können wir es unterstützen. Ansonsten empfehlen wir es für Nichtüberweisung.

Emil Job: Die Unabhängigen und Grünen unterstützen das Postulat, weil wir der Meinung sind, man solle einen solchen Verein unterstützen. Von uns aus muss es nicht unbedingt an diesem Ort sein, aber einen Raum mit eigenem Eingang dürfen sie durchaus haben.

GR Rolf Wehrli: Eine wichtige Ergänzung im Zusammenhang mit der Beantwortung dieses Postulates: Es handelt sich nicht um Heute und Morgen. Es steht im Zusammenhang mit der Planung des Schlossschulhauses und dem Burggartenschulhaus. Nicht dass ihr das Gefühl habt, im September oder Juli käme bereits ein aussagekräftiger Bericht. Dies wollen wir nicht machen, wir wollen dies seriös im Zusammenhang mit der Planung überprüfen.

Urs Hess: Abändern muss ich an dem Postulat nichts. Der Text ist klar und der Gemeinderat will es entgegennehmen und darum sehe ich nicht ein, warum ich etwas ändern sollte; das mache ich auch nicht. Es geht ums Pfadilokal und es ist ja auch eines vorhanden. Eva Keller hat sehr viel gesagt dazu; ich habe kürzer gemacht. Unterstützt das Postulat. Wegen der Beantwortung: Ich hoffe, es geht nicht so lange wie jenes zum

Zonenreglement Pratteln Dorf, das seit 4 oder 5 Jahren unterwegs und immer noch nicht beantwortet ist. Es darf schon etwas kürzer sein.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 4 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2871 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Fragestunde

Frage 1

„Auszahlung Sozialhilfebeträge an arbeitssuchende Ausländer oder deren Angehörigen aus der EU oder den EFTA-Staaten“

(Marc Bürgi, Fraktion FDP-Mitte)

GR Emanuel Trueb: Frage 1: *Hat die Gemeinde Pratteln, obwohl es das Gesetz generell nicht vorschreibt, an arbeitssuchende Ausländer oder deren Angehörigen aus der EU oder den EFTA-Staaten Sozialhilfe ausbezahlt?* Nein, die Gemeinde hat an diese Personengruppe nie Sozialhilfeleistungen ausbezahlt. Die Sozialhilfe hält sich an die Vorgaben des kantonalen Sozialamtes und des Bundesamtes für Migration. Damit erübrigen sich Antworten auf die nächsten beiden Fragen: Frage 2: *Falls Ja: Um was für Beträge handelt es sich dabei?* Frage 3: *Falls Ja: War sich die Gemeinde bewusst, dass sie dies von Gesetzes wegen nicht darf?* Der Vollständigkeit halber zitiere ich einen Auszug aus den Weisungen des Bundesamtes für Migration bezüglich des Freizügigkeitsabkommens (FZA), dass dieses regelt. Hier nachfolgend:

Genereller Ausschluss von Sozialhilfeleistungen: Stellensuchende EU-/EFTA-Angehörige (EU-27) haben gemäss Artikel 2 Absatz 1 und 24 Absatz 2 Anhang I FZA keinen Rechtsanspruch auf Bezug von Sozialhilfe. Reichen die finanziellen Mittel für den Lebensunterhalt nicht aus und beantragen diese Personen Sozialhilfe, können sie weggewiesen werden. Die Kantone sind nicht verpflichtet, sie zu unterstützen. Das verfassungsmässige Recht auf Existenzsicherung, das allen Menschen unabhängig von ihrer Aufenthaltsregelung in der Schweiz zusteht, bleibt vorbehalten (BGE 122 I 367 ff. und Art. 12 BV). Damit ist aber kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht verbunden. Die Unterstützung kann sich auch auf die Bezahlung der Rückreise in den Heimatstaat beschränken. Gestützt auf das FZA und aufgrund des Bundesrechts besteht weder ein Anspruch auf weitergehende Unterstützungen noch eine gesetzliche Verpflichtung zu deren Ausrichtung. Soweit aufgrund kantonalen Vorschriften Sozialhilfeleistungen bezogen werden, können die Migrationsbehörden ihrerseits die Aufenthaltsbewilligungen widerrufen.

Die Frage ist beantwortet.

Die Sitzung wird um 22.00 Uhr beendet.

Pratteln, 4. Februar 2014

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Roland Kuny

Joachim Maass